

# freiheit der wissenschaft

Nr. 3 • September 2005 F 1634 F

Herausgeber: Bund Freiheit der Wissenschaft

Lieber Leser

Seite 2

## AUS DER ARBEIT DES BUNDES FREIHEIT DER WISSENSCHAFT

Seite 3

### Bachelor, Master, Staatsexamen?

Seite 4

Mediziner, Lehrer und Juristen wollen den „Bachelor“ nicht

## AUS DEN BUNDESLÄNDERN

Seite 7

Bayern: Wird Geschichte Geschichte?

Berlin: Es ist noch viel zu tun

Hessen: Versprechen nicht einlösbar

Mecklenburg-Vorpommern: Traditionsuniversitäten vor dem Aus?

Nordrhein-Westfalen: Sommer fing gut an

## Univision 2005

Seite 14

Die Volkswagen AutoUni –

Werkstatt für Zukunftswissen und Forum für Unternehmenskultur

Professor Dr. Zimmerli

## Kronzeuge Einstein

Seite 16

Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft

## Aktuelles

Friedwart Bruckhaus – Förderpreis

Seite 3

Philologenverband: Warnung

Seite 25

Neuer Preis für Wissenschaftler

Seite 25

## Aufgeblättert

Seite 20

Kraus: Der PISA-Schwindel (Gauger)

Barzel: Was war, wirkt nach (Eisele)

Scheuer: Weichenstellungen (Kinzel)

Gerlich: Im Gespräch mit Ernst Nolte (Kinzel)

Zimmerman/Hotam: Zweimal Heimat (Eisele)

Pera/Ratzinger: Ohne Wurzeln (Holzapfel)

**Berufliche Bildung – Manfred Weichhold spricht beim BFW (siehe Seite 3 und Seite 28)**

## freiheit der wissenschaft

**Offizielles Organ des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft e. V.**

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos und andere Beiträge übernimmt der Empfänger keine Haftung. Abdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Ansicht von Herausgeber und Redaktion dar, sondern die persönliche Meinung des Verfassers.

Zuschriften und Stellungnahmen zu Themen und Artikeln dieses Heftes sind willkommen. Wiedergabe und redaktionelle Kürzungen bleiben vorbehalten. „freiheit der wissenschaft“ erscheint in herkömmlicher Rechtschreibung.

**Herausgeber:** Vorstand des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft e. V.

**Redaktion:** Dr. Winfried Holzapfel

**Verbandsgeschäftsstelle:**

Postanschrift:

Charlottenstraße 65,  
10117 Berlin-Mitte (U-Bahnhof  
Stadtmitte, nahe Gendarmenmarkt)

**Büro:** Petra Schauf

Die Geschäftsstelle dient auch als  
Kontakt- und Informationsstelle.

Für größere Veranstaltungen steht  
ein Hörsaal zur Verfügung.

Telefon: (0 30) 20 45 47 04

Fax: (0 30) 20 45 47 06

**E-Mail:**

bund.freiheit.wissenschaft  
@t-online.de

**Internet:**

<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>

**Bankverbindung:**

Deutsche Bank AG, Bonn  
(BLZ 380 700 24), Kto. 0 233 858

Verlag, Herstellung und Anzeigen:

Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet: [www.vva.de](http://www.vva.de)

E-Mail: [info@vva.de](mailto:info@vva.de)

Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann

Anzeigenverkauf:

Panagiotis Chrissovergis

Tel. 02 01/87 12 69 45

Fax. 02 01/87 12 69 42

Anzeigentarif Nr. 12

ISSN 0343-7752

# Lieber Leser,

Freiheit erscheint den meisten unserer Zeitgenossen als das höchste Gut. Gemeint wird dabei die schrankenlose individuelle Freiheit, „heute dies, morgen jenes zu tun,..., wie ich gerade Lust habe...“ (Karl Marx). Der dialektische und historische Materialismus wurde als Befreiungstheorie erdacht und behauptete von sich, die einzig wissenschaftliche Weltanschauung zu sein. Er lehrte, daß die Freiheit an die Gleichheit aller gebunden sei, die in einem ersten Schritt durch die Diktatur des Proletariats hergestellt werden müsse, um anschließend durch die Erziehung „neuer Menschen“ den Traum von der Befreiung verwirklichen zu können. Diese Theorie, die Zuspruch bei vielen Intellektuellen des jüdisch-christlichen Abendlandes fand, wurde im Sowjetimperium planmäßig in die Praxis umgesetzt, so ließen die Machthaber verkünden. Tatsächlich errichtet haben sie das größte Sklavenhaus der neuzeitlichen Geschichte.



*Professor Dr. Kurt Reinschke ist einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft*

Der Kollaps des Sowjetsystems bedeutet jedoch nicht, daß das marxistische Menschenbild als trügerisch entlarvt und für immer geistig überwunden wäre. Die Verheißungen des Marxismus-Leninismus wurden zwar nicht eingelöst, doch ihre Faszination wirkt unterschwellig fort.

Das individualistische Freiheitsverlangen leugnet die Wahrheit des menschlichen Lebens: Vom Mutterleib und Kindesbeinen an bis zum letzten Atemzug leben wir nicht nur miteinander, sondern auch voneinander und füreinander. An diese Wahrheit, die die reale Wirklichkeit des Menschen beschreibt, ist die Freiheit gebunden.

Das individualistische Freiheitsverlangen leugnet die Wahrheit des menschlichen Lebens: Vom Mutterleib und Kindesbeinen an bis zum letzten Atemzug leben wir nicht nur miteinander, sondern auch voneinander und füreinander. An diese Wahrheit, die die reale Wirklichkeit des Menschen beschreibt, ist die Freiheit gebunden.

In absoluter individueller Freiheit, von nichts und niemanden abhängig, kann kein Mensch leben.

Freiheit wird zum Gut nur in Verbindung mit und in Relation zu anderen Gütern, nämlich Ordnung, Recht und Verantwortung. Bei der Suche nach den Bezugskordinaten für die Verantwortung, die mit recht verstandener Freiheit einhergeht, muß der Blick auf die ganze Menschheit geweitet werden, auch auf die kommenden Generationen. Zu bedenken ist der kategorische Imperativ der Fernwirkung: „Handle so, daß die Wirkungen Deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“ (Hans Jonas).

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt jedoch beispielhaft, daß der Mensch oft außerstande ist, alle Konsequenzen seines Handelns langfristig und global richtig einzuschätzen. Es hat sich auch als sehr problematisch erwiesen, die durch Glaube und Autorität gesetzten Maßstäbe durch mehrheitlichen Konsens ersetzen zu wollen; denn des Volkes Stimme wurde wiederholt von demagogischen Verführern manipuliert.

An welchen ethischen Verhaltensnormen dürfen wir uns in unserem Streben nach einem freiheitlichen und menschengemäßen Mit-, Von- und Füreinander orientieren? In der biblischen Überlieferung werden die Verhaltensnormen, die gelingendes Menschsein auf Dauer ermöglichen, im Dekalog beschrieben. In sich ändernden geschichtlichen Situationen öffnen sich dem rationalen Verstehen neue Einsichten in die Bedeutung des Dekalogs für eine Lebensgestaltung in Freiheit. Es kommt darauf an, sich redlich zu mühen, um im Lichte dieses Verstehens den rechten Weg für Tun und Lassen zu finden und trügerische Verheißungen rechtzeitig als solche zu durchschauen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Kurt Reinschke*

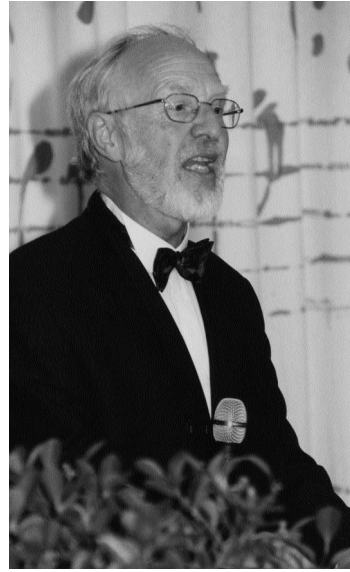
# Aus der Arbeit des Bundes Freiheit der Wissenschaft

Auch nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai dieses Jahres bleibt der Bund Freiheit der Wissenschaft im **Aktionsbündnis Schule** aktiv. Einen Kommentar zum Start der neuen Landesregierung im Schulbereich finden Sie auf Seite 13.

Nach den Vorträgen beim Bund Freiheit der Wissenschaft über Evaluation im allgemeinbildenden Schulwesen im November 2004 in Berlin und der Entwicklung des Bolognaprozesses im April 2005 in Düsseldorf (die fdw berichtete in ihren letzten Ausgaben) findet im kommenden November eine Veranstaltung des Bundes Freiheit der Wissenschaft zum weiten Feld der beruflichen Bildung statt. Vor lauter „Pisa“ und „Bologna“ sollte nicht übersehen werden, daß wir es hier mit einem Ausbildungssystem zu tun haben, das etwa zwei Drittel aller Heranwachsenden erfaßt. Die Veranstaltung findet am 23. November in Berlin statt. Referent ist **Manfred Weichhold**. Oberstudienleiter i. R. Manfred Weichhold war bis zum Sommer dieses Jahres Leiter der Walter-

Eucken-Schule in Karlsruhe. Sehr früh in verschiedenen Funktionen im Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen in Baden-Württemberg (VLW) engagiert, war er von 1992 bis 2005 Bundesvorsitzender dieses Verbandes. In der gleichen Zeit war er Mitglied im Präsidium des Deutschen Lehrerverbandes und dessen Vizepräsident. Seit 2002 ist der 1941 in Sondershausen (Thüringen) geborene Manfred Weichhold Vorsitzender der Stiftung „Wirtschaft und Erziehung“ mit Sitz in Karlsruhe. Er spricht zum Thema: „Zustand und Zukunft der beruflichen Bildung in Deutschland“. Die Einladung finden Sie auf der Rückseite dieses Heftes.

In der Juni-Ausgabe haben wir bereits mitgeteilt, daß **Dr. Till Kinzel** zum Vorsitzenden der Sektion Berlin-Brandenburg gewählt worden ist. Dr. Till Kinzel hat sich im Frühjahr dieses Jahres habilitiert. Den Lesern der fdw ist Dr. Kinzel als Rezensent zahlreicher Bücher in der Rubrik „Aufgeblättert“ bekannt. Sein Buch: Nicolas Gomez Davila, Parteigänger verlorener Sachen (Edition Antaios. Perspektiven



Professor Dr. Sigismund Kobe

Band 7, 12,80 Euro) ist inzwischen in zweiter, durchgesehener und bibliographisch ergänzter Ausgabe erschienen.

An dieser Stelle möchten wir nachfragen, daß **Professor Dr. Hans Joachim Schütte** wiederum Mitglied im Vorstand der Sektion Berlin-Brandenburg ist. Durch ein Versehen war sein Name in der letzten Mitteilung nicht erschienen.

Nach der Wahl von Professor Dr. Kurt Reinschke zu einem der drei Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft war es wichtig, einen Nachfolger für ihn als Regionalen Ansprechpartner des Bundes für Sachsen zu finden. Wir freuen uns, daß **Professor Dr. rer. nat. habil. Sigismund Kobe** für diese Aufgabe gewonnen werden konnte.

Sigismund Kobe wurde am 25. Oktober 1940 in Zella-Mehlis geboren. 1959 legte er in Zella-Mehlis die Abiturprüfung ab. Es folgte: 1960 Studium der Kernphysik und Physik an der TU Dresden, 1965 Diplom; anschließend war Kobe Assistent, Lehrer im Hochschuldienst und Oberassistent im Wissenschaftsbe- reich Theoretische Physik der TU Dresden; 1971 Promotion; 1988 Habilitation für Physik; seit 1992 ist Kobe Professor für Theorie ungeordneter Festkörper am Institut für Theoretische Physik an der Fakultät Mathematik und Naturwissenschaften der TU Dresden. Seine Anschrift finden Sie in der Rubrik „Regionale Ansprechpartner“ am Ende des Heftes, S. 27.

Winfried Holzapfel

Für junge Wissenschaftler und Journalisten

## Friedwart Bruckhaus-Förderpreis 2005/2006

der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Thema:

### Wiederentdeckung des Gemeinwohls?

#### Die Verantwortung des Einzelnen in einem freiheitlichen Gemeinwesen

- Im Rahmen des Wettbewerbs werden Preise für wissenschaftliche Arbeiten und journalistische Arbeiten vergeben
  - An dem Wettbewerb können sich beteiligen:
    - junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zum Wettbewerbsthema bemerkenswerte Forschungen geleistet haben, sowie
    - junge Journalistinnen und Journalisten, deren Presse-, Hörfunk- oder Fernsehbeiträge sich durch allgemeinverständliche Darstellungen wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen ausgezeichnet haben
  - Vorgesehen sind drei Preise von je € 5.000.– die aufgeteilt werden können.
- Über die Auswahl entscheidet eine Jury. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

- Bei der Auswahl werden Arbeiten berücksichtigt, die nach dem 1.1.2005 in deutscher Sprache veröffentlicht bzw. gesendet worden sind. Die Bewerber sollten bis zum 30.4.2006 das 32. Lebensjahr (in Ausnahmefällen das 35. Lebensjahr) noch nicht vollendet haben.

Ihre Arbeit (Publikationen, Tonband- oder Videokassette) sowie eine Kurzfassung (eine Textseite) senden Sie bitte zusammen mit Ihrem Lebenslauf und einem Lichtbild bis zum 30.4.2006 an die Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Bachemer Str. 312, 50935 Köln. Die Preise werden voraussichtlich am 8. Dezember 2006 in Berlin verliehen

Informationen über die Hanns Martin Schleyer-Stiftung unter: [www.schleyer-stiftung.de](http://www.schleyer-stiftung.de)

# Kritik an der Umsetzung des Bologna-Prozesses: **Bachelor, Master, Staatsexamen?**

Mediziner, Lehrer und Juristen wollen den „Bachelor“ nicht.

Mit wachsender Sorge betrachten Berufsverbände und Fakultätentage den Versuch, durch die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen das Studium an Deutschlands Hochschulen total und schnell umzuformen. Bis 2010 soll die Umstellung abgeschlossen sein. Bei grundsätzlicher Zustimmung zu den Zielen des Bologna-Prozesses im allgemeinen äußern die sachverständigen Kritiker mehr und mehr die Befürchtung, daß die Qualität des Studiums abnimmt. Vor allem der „Bachelor“ als berufsqualifizierender Abschluß steht in der Kritik.

Er mag zwar in einer Reihe von Fällen ein passabler Studienabschluß sein, z. B. für Kindergärtner(innen)<sup>1</sup>, für die er als ein gehobenerer Abschluß interpretiert werden könnte – für Lehrer, Ärzte oder Staatsanwälte ist er es nicht.

Es stellt sich wirklich die Frage: Für welche Berufe qualifiziert ein Bachelor und was ist er wert? Die Vereinheitlichung der Abschlüsse sollte europaweit die Kompatibilität garantieren, aber wie kompatibel werden denn die Bachelor-Abschlüsse in Deutschland sein?

Der Deutsche Juristen-Fakultätentag (DJFT) hat sich schon früh kritisch geäußert. Noch am 3. Juni 2005 hat der 85. DJFT seinen Beschluß aus dem Jahre 2004 bestätigt, in dem es im ersten Satz hieß: „Das Staatsexamen hat sich als Garantie für die Qualität der juristischen Ausbildung bewährt“<sup>2</sup>. In der FAZ hat jüngst Professor Dr. jur. Joachim Lege erhebliche Bedenken gegen die Rechtsstaatlichkeit des Reformverfahrens geäußert.<sup>3</sup>

Bereits im März 2004 – als Antwort auf das Kommuniqué der Berliner Bologna-Konferenz vom Herbst 2003 – hatte der Bund Freiheit der Wissenschaft eine Resolution mit der Überschrift: „Bewährte Studiengänge erhalten!“ mitgetragen.<sup>4</sup> Nachdem die Reformwalze und ebenso die Propaganda aus dem Bundesbildungsministerium stur weitergegangen ist, haben nunmehr die Lehrerverbände im Verein mit den Fakultätentagen und dem Deutschen Hochschulverband in einer weiteren Resolution ihre Forderungen wiederholt. Auch die Ärzteverbände haben mit dem Deutschen Hochschulverband zusammen gegen die

„Produktion von Bachelor-Ärzten“ Front gemacht und für ein gediegenes Medizinstudium plädiert.

<sup>1</sup> In der Presse fand sich die Schlagzeile „Mit Bachelor-Abschluß in den Kindergarten“; gemeint war eine dadurch erfolgende Aufwertung des Erzieherinnenberufs. An der Evangelischen Fachhochschule Freiburg gebe es den Bachelor-Studiengang „Pädagogik der frühen Kindheit“, in Potsdam könnten die „Hochschul-Nannys“ oder „Kita-Leiter“ einen Bachelor-Studiengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ durchlaufen. Ob durch diese „Akademisierung“ der Gediegenheit der Ausbildungsberufe geholfen ist, sei an dieser Stelle dahingestellt.

<sup>2</sup> Den vollen Beschluß siehe Kasten S. 6! – Über das Ergebnis des Symposiums vom 22. September 2005 in Berlin mit dem Thema: „Der Bologna-Prozeß und die Juristenausbildung in Deutschland“ können wir aus redaktionellen Gründen erst in der nächsten Ausgabe berichten.

<sup>3</sup> „Rechtlich betrachtet befindet sich das Akkreditierungswesen in tiefer Finsternis. Man weiß noch nicht einmal, ob es sich um öffentliches Recht oder Privatrecht handelt. Von dieser Unterscheidung hängt nicht nur ab, ob Zivilgerichte oder Verwaltungsgerichte zuständig sind. Vor allem hängt von ihr ab, wie streng sich die Akteure am Rechtsstaatsprinzip, an den Grundrechten und am Gemeinwohl messen lassen müssen.“ „Das Akkreditierungs(un)wesen wird sich mittlerweile selbst unheimlich. Das Eckpunkte-Papier der Kultusministerkonferenz vom 15. Oktober 2004 gibt zu erkennen, daß es große Probleme gibt. Die Politiker haben erkannt, daß hinreichende rechtliche Grundlagen fehlen. Man droht in der Flut der zu akkreditierenden Studiengänge zu ertrinken.“ („Der Hochschul-TÜV“, FAZ vom 22. 8. 2005, S. 7; Lege lehrt öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte und Rechts- und Staatsphilosophie an der Universität Greifswald.)

<sup>4</sup> am 30. März 2004; s. fdw Nr. 1 März 2004, S. 3.

*Wir bringen im folgenden die Resolution zu den Lehramtsstudiengängen vom 11. Juli 2005 in Bonn und einen Bericht über die Pressekonferenz der Ärzteverbände mit dem Deutschen Hochschulverband am 25. August 2005 in Berlin.*

Resolution zum Lehramtsstudium

Bonn, den 11. Juli 2005

## **Bachelorabschluß qualifiziert nicht für Lehrerberuf – Lehrerverbände: Staatsexamen als Abschluß erhalten**

Den Beschlüssen von Bologna (1999) und Berlin (2003) folgend, wird in Deutschland derzeit das System von Magister- und Diplomstudiengängen auf das der Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Der Deutsche Lehrerverband, der Allgemeine Fakultätentag, der Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultätentag und der Philosophische Fakultätentag und der Deutsche Hochschulverband stellen fest, daß die Einführung der gestuften Studiengänge im Zuge des so genannten Bologna-Prozesses geeignet sein

kann, die Mobilität der Studierenden zu fördern und die internationale Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen zu erleichtern. Nach Auffassung der genannten Verbände und wissenschaftlichen Vereinigungen darf die Umgestaltung der Lehramtsstudiengänge zu einer Struktur nach dem Bachelor-/Master-Modell aber nicht zu Qualitätsverlusten in der Lehrerausbildung führen. Eine Absenkung des fachwissenschaftlichen und pädagogischen Ausbildungsniveaus, das gegenwärtig durch das Staatsexamen garantiert wird, muß ver-

hindert werden. Der Deutsche Lehrerverband und seine Mitgliedsverbände legen zudem entschieden Wert darauf, daß das Staatsexamen als Abschluß des Lehramtsstudiums erhalten bleibt. Qualitätssicherung bedeutet außerdem Schulformbezug der gesamten Lehrerbildung. Der hohe Qualitätsstandard, den die Gesellschaft zu Recht von einem zum Beruf des Lehrers ausbildenden Studium erwartet, ist durch einen Bachelorstudiengang allein nicht zu gewährleisten. Nur ein Masterabschluß einer Universität

oder Technischen Hochschule vermittelt die Voraussetzungen zum Lehrerberuf. Ein dreijähriges grundständiges Bachelor-Studium ist für die hohen Anforderungen des Lehrerberufs weder fachwissenschaftlich noch im Blick auf die Aneignung pädagogischer Kenntnisse und Fertigkeiten ausreichend. Für Bachelor-Absolventen in den akademischen Disziplinen der gegenwärtigen Lehramtsstudi-

engänge gibt es weder ein geeignetes pädagogisches Berufsbild noch einen Arbeitsmarkt.

Die Resolution Lehrerbildung wird u.a. von folgenden Institutionen getragen:

**Allgemeiner Fakultätentag (AFT)**

Präsident: Universitätsprofessor Dr. Reinhold R. Grimm

**Deutscher Hochschulverband (DHV)**

Präsident: Universitätsprofessor Dr. Bernhard Kempen

**Deutscher Lehrerverband (DL)**

Präsident: Oberstudiendirektor Josef Kraus

## Bericht vom Pressegespräch am 25. August 2005 in Berlin

### Die Irrwege des Bolognaprozesses:

# Arzt mit Bachelor?

## Das vorgesehene Bachelor-Studium findet in der Medizin kein Berufsfeld

Die Bundesärztekammer, der Deutsche Hochschulverband und der Marburger Bund, die sich mit anderen Verbänden in der Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin zusammengeschlossen haben, lehnen die Einführung von Bachelor-

und Masterstudiengängen in der Medizin ab. Sie erklärten anlässlich eines Pressegesprächs am 25. 8. 2005 in Berlin:

In der Pressekonferenz beantworteten Professor Dr. Bernhard Kempen, Präsident des Hochschulverbandes, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, und Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Marburger Bundes, die Fragen der Journalisten. In der Schweiz, in Dänemark, den Niederlanden und Belgien ist das dreijährige Bachelor-Medizinstudium nicht berufsqualifizierend. Der Hauptfehler der deutschen Konstruktion solcher Studiengänge liegt darin, daß sie berufsqualifizierend sein sollen. Dies mag für medizinische Hilfsberufe möglich sein, aber nicht für den Arztberuf, wie jedem einleuchten sollte. Die Differenzierung in „berufsbezogenen Bachelor“ und „wissenschaftlich orientierten Master“ verschlechtert die Qualität der medizinischen Ausbildung. Denn die Besonderheit in der Medizin besteht in der einer engen Verknüpfung der wissenschaftlichen Lehre und der Krankenversorgung an

den Hochschulen. Man kann hier nicht ein berufsfeldbezogenes und ein wissenschaftliches Studium nacheinander absolvieren. Will man Patienten für die erste Anlaufstelle und Diagnose schnell und billig ausgebildeten „Basisärzten“ mit Minimalqualifikation anvertrauen? Die Idee, die Grundversorgung der Patienten preisgünstigen „Halbärzten“ zu überlassen, geht auf ideologisch geprägte Pläne der 70er Jahre zurück und soll nun unter dem Mantel der Bologna-Beschlüsse, die solche Verpflichtungen überhaupt nicht enthalten, verwirklicht werden. Auch als Grundstudium für ein folgendes Master-Studium sind die Bachelor-Studiengänge nicht geeignet; denn im Master-Studium folgt sofort die Spezialisierung, während die Zwischenstufe, in der sich ein Verständnis für die Gesamtmedizin und damit später auch für Nachbarfächer der Spezialisten entwickeln muß, wegfällt. Kurzum: „Einen Bachelor-Studiengang für Medizin kann und darf es nicht geben“ (Hoppe).

**H. J. G.**

**Hinweis:**

Die Presseerklärungen von Professor Hoppe und Dr. Montgomery sind im Internet auf den Webseiten der Bundesärztekammer und des Marburger Bundes abgedruckt. Sie sind auch zu finden unter: [www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de](http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de)

**Bachelor für Arztberuf nicht berufsqualifizierend**

Berlin, 25.08.2005 - Die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin begrüßt den Bologna-Prozess. Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen kann geeignet sein, die Mobilität der Studierenden zu fördern und die Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen zu erleichtern. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin lassen die Qualitätsanforderungen an den Beruf des Arztes die Einführung von konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen in der Medizin jedoch nicht zu. Ein dreijähriges grundständiges Bachelor-Studium findet in der Medizin des Arztes die Einführung von konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen in der Medizin des Arztes auszubildenden Medizinstudium erwartet wird, ist weder durch einen sechs- noch durch einen achtsemestrigen Bachelorstudium gewährleistet. Allenfalls sind Bachelorstudiengänge für nicht medizinische Berufe und Tätigkeiten denkbar. Die erst im Jahr 2003 umgesetzte neue Approbationsordnung für Ärzte sieht nicht ohne Grund eine Regelstudienzeit von sechs Jahren und drei Monaten vor. Insofern ist sogar zu bezweifeln, ob ein Masterabschluß nach insgesamt fünf Jahren als berufsqualifizierend im Sinne der Approbationsordnung gelten kann.

Im weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in der Medizin die durch die neue ärztliche Ausbildungsordnung intendierte horizontale und vertikale Verzahnung und Integration von medizinischer Theorie und Praxis konterkarieren würde. Die Richtlinie 93/16/EWG des Rates der Europäischen Union regelt bereits abschließend die Freizügigkeit für Ärzte innerhalb der EU und die gegenseitige Anerkennung der Studienabschlüsse. Damit ist nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin eines der Hauptanliegen der Bologna-Erklärung in der Medizin bereits jetzt erfüllt.

**Die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin wird von folgenden Institutionen getragen:**

- Deutscher Hochschulverband  
Präsident: Universitätsprofessor Dr. Bernhard Kempen
- Bundesärztekammer  
Präsident: Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
- Marburger Bund  
Vorsitzender: Dr. Frank Ulrich Montgomery
- Medizinischer Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland  
Vorsitzender: Universitätsprofessor Dr. Gebhard von Jagow
- Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften  
Präsident: Universitätsprofessor Dr. Albrecht Encke
- Bundesvereinigung der Landeskonferenz ärztlicher und zahnärztlicher Leiter von Kliniken, Instituten und Abteilungen der Universitäten und Hochschulen Deutschlands  
Vorsitzender: Universitätsprofessor Dr. Christian Ohlloff

### Bachelor-Medizinstudium im europäischen Ausland

Die Umsetzung der zweistufigen Abschlüsse nach den Vorgaben der Bologna-Deklaration (Bachelor und Master) ist in der Schweiz, in Dänemark, in den Niederlanden sowie in Teilen Belgiens bereits erfolgt. Die Bachelor-Abschlüsse in der Medizin sind aber keineswegs berufsqualifizierend.

Schweiz: 3+2+1

Bachelor nach 3 Jahren, nicht berufsqualifizierend, Wechsel zu anderen Studiengängen möglich.

Master nach weiteren 2 Jahren, nur für wissenschaftlichen Forschungsarbeiten  
Staatsexamen mit Erlaubnis zur ärztlichen Berufsausübung nur nach einem weiteren Jahr (im Sinne eines Praktischen Jahres).

Dänemark: 3+3

Bachelor nach 3 Jahren, nicht berufsqualifizierend, Wechsel zu anderen Studiengängen möglich.

Master nach weiteren 3 Jahren, dann auch Erlaubnis zur ärztlichen Berufsausübung. Bislang hat jede der drei Universitäten noch unterschiedliche Curricula; die undergraduate-Abschlüsse werden gegenseitig nicht anerkannt. Der Bachelor qualifiziert ausschließlich zum Masterstudium „human biology“, was vor der Einführung des zweistufigen Systems auch schon möglich war. Derzeit werden Auswahlkriterien erarbeitet, mit denen der Zugang zum Masterstudium limitiert werden soll („sekundärer Numerus clausus“).

Niederlande: 3+3

Bachelor nach 3 Jahren, nicht berufsqualifizierend, ermöglicht den Wechsel zu anderen Master-Studiengängen

Master nach weiteren 3 Jahren, dann auch Erlaubnis zur ärztlichen Berufsausübung. Auch hier eigene unterschiedliche Curricula an den 8 Universitäten, bisher kein nationales Modell geplant.

Belgien: 3+4

Bachelor nach 3 Jahren, nicht berufsqualifizierend, Wechsel zu anderen Studiengängen möglich.

Master nach weiteren 4 Jahren.

Quelle: Deutscher Hochschulverband

## Kleines Glossar zum Bologna-Prozess

### **Bachelor:**

Ausbildungszyklus bis zum ersten Abschluss (*undergraduate*) mit einer in der Bologna-Deklaration vorgegebenen Länge von mindestens 3 Jahren. Der erworbene Abschluss attestiert eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene.

### **Diploma Supplement:**

Diplomzusatz. Zusatztext mit einheitlichen Angaben zur Beschreibung von Hochschul-Abschlüssen (Grade, Zertifikate, Prüfungen) und damit verbundenen Qualifikationen, der den offiziellen Dokumenten über Hochschul-Abschlüsse als ergänzende Informationen beigelegt werden soll und als Beurteilungshilfe dient. Der Diplomzusatz soll in einer weit verbreiteten europäischen Sprache ausgestellt werden.

### **European Credit Transfer System - ECTS:**

Punktesystem zur Anrechnung von Studienleistungen. Es handelt sich um eine Methode zur Messung und zum Vergleich von Studienleistungen und ermöglicht so ihre Übertragung europaweit von Hochschule zu Hochschule. Die Definition der ECTS-Punkte beinhaltet nur einen zeitlichen Umfang. 1 ECTS-Punkt entspricht 25 bis 30 studentischen Arbeitsstunden inklusive einer einstündigen Vor- oder Nachbereitungsstunde, ist also gleichwertig zu 12,5 bis 15 Stunden Lehrveranstaltung.

### **Master:**

Ausbildungszyklus (*graduate*), der zum höherqualifizierenden Abschluss führt. Die Bologna-Deklaration gibt keine Vorgaben über die Mindestlänge der Master-Studienzeit an, allgemein wird aber von einem bis maximal zwei Jahren ausgegangen. Voraussetzung zum Zugang des zweiten Zyklus ist der erfolgreiche Abschluss des ersten Zyklus nach *undergraduate*/Bachelor-Studiengang. Der Abschluss des zweiten Zyklus, also Master, soll den Zugang u.a. zum Doktorandenstudium ermöglichen.

Quelle: Deutscher Hochschulverband

## Deutscher Juristen-Fakultätentag

- Der Vorsitzende -



### Beschlussvorlage zu Top 6: Juristenausbildung und das Bologna-Modell

Der 84. Deutsche Juristen-Fakultätentag stellt fest:

Die in der Bologna-Erklärung und in der Berliner Folgevereinbarung von 2003 beschlossene Bildung eines europäischen Hochschulraums ist im Wege der sog. offenen Koordinierung erfolgt. Sie entfaltet keine Bindungswirkung. Eine flächendeckende und ausnahmslose sowie hochschulübergreifende Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen wird insoweit auch nicht gefordert. Vor diesem Hintergrund hat der 84. DJFT beschlossen:

1. Das Staatsexamen hat sich als Qualitätsgarantie für die juristische Ausbildung bewährt. Die jüngst nicht zuletzt auf Initiative der juristischen Fakultäten beschlossene Reform der Juristenausbildung gewährleistet die Zukunftsfähigkeit und Internationalität dieses Abschlusses. Sie sichert zugleich einen international anerkannten einheitlichen hohen Standard und bundesweit vergleichbare Abschlüsse.
2. Die Ausübung eines spezifisch juristischen Berufs (Justiz, Anwaltschaft, höherer Verwaltungsdienst) setzt ein Studium auf wissenschaftlicher Grundlage voraus.
3. Der akademische Grad des Bachelors kommt aufgrund der mit sechs Semestern zu knapp bemessenen Ausbildungszeit als berufsqualifizierender Abschluss für spezifisch juristische Berufe nicht in Betracht.
4. Raum für die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen besteht, soweit die Fakultäten nach Maßgabe ihrer Kapazität integrierte Studiengänge sowie Nebenfach- und nicht spezifisch juristische Aufbaustudiengänge anbieten. Inwieweit auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich Bedarf an entsprechenden Absolventen besteht, ist offen.

Professor Dr. Peter M. Huber  
Gelehrtenstr. Ludwig-Maximilians-Universität München, Post-Box Platz 2, 80539 München  
Tel. 089 / 2180 3576, 3577; Fax 089 / 2180 3068  
e-mail: info@juristenfakultaetentag.de

Bayern: Geschichte ab Klasse 9 künftig nur noch ein „Wahlfach“?

## Wird Geschichte Geschichte?

Kritische Fragen in Zeiten hektischer Strukturreformen

Willi Eisele

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht in den Medien der „echte Paradigmenwechsel“ für das deutsche Schulwesen beschworen wird. Interne Arbeitsanweisungen überdauern häufig nicht das sprichwörtliche Zwölfuhrläuten. Von PISA I – III her betrachtet, erahnen wir heute, warum in der „PISA-Vereinbarung“ zwischen KMK und den „Pisanern“ gerade die 15-jährigen Schüler als Zielgruppe ausgesucht wurden, denn sie sind es, die an Haupt-, Real-, Sonderschulen, an Mittel- oder Regelschulen und Gymnasien als Altersgruppe vertreten sind.

Wer geglaubt hat, sich unter vergleichbar guten Ergebnissen „sonnen“ zu können, sieht sich durch Äußerungen erappt, daß die Ergebnisse der genannten Schularten (Schulformen) nur auf dem Weg über eine eigens zu erarbeitende „Mittelung“ vergleichbar seien. Ein Schelm, der dahinter eine weitere Nivellierung im Sinne von Bildungsinhalten vermutet. Wer fragt, ob die aktuellen Forderungen nach uneingeschränkter Transparenz überhaupt und wenn ja, wie erfüllt werden, wird an das breit gefächerte Spektrum denken dürfen, das Josef Kraus in seinem Buch „Der PISA-Schwindel. Unsere Kinder sind besser als ihr Ruf“ (2005) offengelegt hat. Wir sollten uns bei PISA II bis November 2005 noch auf „Überraschungen“ einstellen.

Knallhart: Geschichte für Schüler ab Klasse 9/10 nur noch ein Wahlfach? Was vielerorts dementiert wird, hat doch einen aktuellen Hintergrund. Der oben erwähnte und immer vehementer geforderte „echte Paradigmenwechsel“, um dessentwillen sich jeder, der in der Bildungspolitik mitreden möchte, gefälligst „auf den Weg machen“ möge, sieht unter dem Vorzeichen einer Strukturreform des Bildungswesens vor

– das Fachprinzip, das bislang als konstitutiv für das Gymnasium gilt, zu Gun-

sten von „Fächerverbänden“ (Misch- oder Integrationsfächern) zumindest in der Sekundarstufe I aufzugeben (Beispiel: „GWG“ (Geographie/Wirtschaft/Gemeinschaftskunde) in Baden-Württemberg, „N&T“ oder „NuT“ (Natur und Technik) in Bayern, „Naturphänomene“ in Baden-Württemberg – an Haupt-, Mittel- und Regelschulen gibt es weitere „Innovationen“ dieser Art.

– Das Fach Geschichte ist „Innovatoren“, die sich von Eltern- und Wirtschaftsvertretern gerne unterstützen lassen, in der Stundentafel des Gymnasiums „zu üppig vertreten“ (dagegen hält die Mainzer Erklärung des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. mit der Forderung nach der Eigenständigkeit des Faches an allen Schularten, auf allen Schulstufen und in Abschlußprüfungen, 20. 5. 2005). Deshalb wird mit dem Argument der „zu vollen Lehrpläne“ seitens der KM gerade dieses Fach inhaltlich zurückgestutzt. Bei Geschichte könne man noch viel „entsorgen, entmüllen, entschlacken“, ganze Themenbereiche könnten durch Eltern und Schüler „selbsttätig“ über Museums-, Ausstellungsbesuche oder Filme „erarbeitet“ werden. Der (Fach-) Lehrer als Moderator „begleitet“ künftig diesen Lernprozeß als einführender „Mitlernender“ und nicht als instruierender „Besserwisser“.

### Belastende Diskussion

Der Gipfel dieser belastenden Diskussion wird mit einem Vergleich aus der Wirtschaft (!) erklommen, wo es heißt, daß wie auf dem freien Markt die beste Ware, sich in der Schule auch das „beste“ Fach in der Selbstfindung der Schüler (!) ergebe: Geschichte, Geographie, Sozialkunde (Politik) und Wirtschaft sollten ab der 10. Jahrgangstufe „wahlfrei“ angeboten werden – ein echter Beitrag im Sinne der Qualitätssicherung des Gymnasiums? Wer die Entwicklung der gymnasialen Oberstufe seit 1976 verfolgt hat, kann sich leicht ausmalen, wie stark nivellierend sich diese Tendenzen auf das Fach Geschichte auswirken würden. Unsere Schüler als „Schnäppchenjäger“ im Schlußverkauf Gymnasium?

Baden-Württemberg hat einen anderen Akzent gesetzt, um den hier beschriebenen „Gipfel“ vom „Neuen Gymnasium“ her nicht (offen) beschreiten zu müssen. Dort ersetzt seit 2004 ein kompetenzorientierter Bildungsplan die lernzielorientierten Fachlehrpläne und eine sogenannte Kontingenzstundentafel fest zugewiesene Unterrichtsanteile (WS) für die Jahrgangsstufen 5 mit 10 (evtl. bis 9, falls der Mittlere Bildungsabschluß für alle 15-jährigen Schüler zum Maßstab werden sollte). Dabei wird nur noch die Summe der Wochenstunden für die Fächer bzw. Fachverbände festgeschrieben und den Schulleitern die Buchhaltung auferlegt, diese am Ende der Sekundarstufe I in der Summe zu erreichen. Konkret: Das (Kern- oder „Neben“-) Fach x muß n Wochenstunden in der Gesamtbilanz aufweisen, kann also bei mehrstündiger Ausstattung mal stärker oder schwächer im Stundenplan der Schüler auftauchen, bei Fächern mit 2 WS (und Lehrermangel) kann der Schulleiter also das einstündige Fach (auch vierzehntägig mit 1 Doppelstunde) wiederbeleben. Aus Baden-Württemberg hört man dazu nur, daß es ein „schwieriges Geschäft für die Schulleiter sein wird“, denn das Problem verdichtet sich noch im Aufsteigen der Jahrgänge. Daß dies nicht nur für Geschichte auch inhaltliche Konsequenzen hat, daß dies eine Atomisierung aller Fächer zur Folge haben kann, daß diese Form von autonomer Schule als „Echternacher Springprozedion“ im Unterrichtsalltag mehr Probleme als befriedigende organisatorische Lösungen haben dürfte, wird jeder Stundenplan- und Vertretungsmanager vor Ort schneller erfassen als mancher „Macher“ der Kultusbürokratie am „grünen Tisch“.

Aus der „inneren Schulreform“ soll sich eine Neuprofilierung des gymnasialen Bildungsganges über alle acht Schuljahre ergeben, die „outputorientiert“ sein wird. Das „Produkt“ Abiturient soll und wird Abnehmer finden: die Universitäten, die Fachhochschulen, die freie Wirtschaft und den öffentlichen Dienst. Unsere „neuen“ Abiturienten werden sich fragen lassen müssen, was sie über einen Abiturdurchschnitt hinaus an vertiefter Allgemeinbildung „mitbringen“. Werden es die

genannten Abnehmer für gut befinden, wenn unter den Bewerbern junge Menschen sind, die das Fach Geschichte letztmalig in der 9. (oder 10.) Klasse verpflichtend „belegt“ hatten? Wie werden sie mit der sich allgemein abzeichnenden „Beliebigkeit“ im Hinblick auf Fächer und ihre Bildungsinhalte umgehen? Werden sie, wie an Hochschulen in der Schweiz bei der Aufnahme von ausländischen Studienbewerbern üblich, eine Prüfung in (Schweizer) Geschichte obligatorisch einfordern? Wie werden Politiker aller Couleurs hinnehmen, daß grundlegende historische Inhalte für die politische Bildung erst- und letztmalig auf dem Niveau von 15 – 16-jährigen Gymnasiasten vermittelt – pardon – „selbsttätig er-

arbeitet“ wurden? Wie werden die Auswirkungen auf den Hochschulbereich auch personell sein, wenn eine zentralisierte Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung das Sagen hat und eines nicht fernen Tages ungeahnte Einsparpotentiale vor allem in der Lehrerbildung für die Gymnasien entdeckt? Einen Vorgeschmack dürfte der Abiturientenjahrgang in jenen Bundesländern bieten, die bereits für 2007 per Verordnung ein „neues Abitur“ (Zentralabitur) verbindlich gemacht haben, eine Umstellung, die an anderen Bundesländern nicht spurlos vorbeigehen wird. Wenn PISA I und II eine hohe Qualität des deutschen Gymnasiums auf allen Testgebieten bestätigt hat, darf man mit Josef Kraus, dem Präsidenten des Deut-

schen Lehrerverbandes, schon fragen, wer warum einen Gesunden amputiert. Bezogen auf Bildungsinhalte erreicht dies die Zerschlagung des Organismus Gymnasium, ohne daß wir eine annähernde Gewißheit haben (können), ob die Nachfolgeeinrichtung dem bekannten und international bewährten Qualitätsstandard entsprechen wird. Deshalb müssen sich Systemveränderer in allen Bundesländern im Interesse unserer Eltern und Schüler fragen lassen: Cui bono?

*Oberstudiendirektor Willi Eisele ist Landesvorsitzender des Bayerischen Geschichtslehrerverbandes ( BGLV e.V. ). Er ist regionaler Ansprechpartner des BFW in Bayern.*

## Berlin: Noch weit entfernt vom Ziel

### Es ist noch viel zu tun

Zwar attestiert eine Bildungsuntersuchung des Deutschen Instituts der Wirtschaft vom August dieses Jahres Berlin eine wahrnehmbare Verbesserung im Bildungsbereich, jedoch ist man von einem zufriedenstellenden Gesamtergebnis noch weit entfernt.

Die Studie „Bildungsmonitor 2005“, die von einem Expertenteam mit Hilfe von Wissenschaftlern des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln erstellt wurde, bewertet die gesamten Bildungssysteme der Bundesländer in Deutschland: Grund- und weiterbildende Schulen sowie Berufs- und Hochschulen. In die Analyse wurden über 100 Indikatoren – zum Beispiel die aktuellen PISA-Ergebnisse, Klassengrößen, Abbrecherquoten, Zahl und Qualität der Abschlüsse von Schülern und Studenten oder Studiendauer – einbezogen. Wie bei der im Juli veröffentlichten PISA-E-Studie wurden die zu Grunde liegenden Daten im Jahr 2003 erhoben, die von den Statistischen Landesämtern und der OECD im Sommer dieses Jahres veröffentlicht wurden.

Neben einem **Bestandsranking**, das den aktuellen Ist-Zustand beschreibt und Bayern und Baden-Württemberg nach wie vor vorn sieht, vergleicht der aktuell vorliegende Bildungsmonitor in einem

Veränderungsranking erstmals auch die Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr. So gibt die Studie auch darüber Auskunft, welches Bundesland zwischen 2002 und 2003 die meisten Verbesserungen seines Bildungssystems erreicht hat.

In diesem **Veränderungsranking** erreicht Berlin Platz eins, Sachsen Platz zwei und Thüringen Platz drei.

Im Bestandsranking gelingt Berlin damit der größte Sprung aller Bundesländer, von Platz 15 auf Platz 10. Das bedeutet allerdings immer noch ein insgesamt „unterdurchschnittliches Abschneiden“. Insofern ist die hervorgehobene „Dynamik“ nur eine relative Auszeichnung.<sup>1</sup>

So besteht weiterhin Anlaß, auf Verbesserungen zu drängen. Mit besonders weitgehenden Vorschlägen zur Entstaatlichung des Bildungswesens tut sich da die FDP hervor, während der CDU-Arbeitskreis Schule und berufliche Bil-

dung in mehreren Punkten Kritik und Anregungen präzise auflistet. Mit Bezug auf das schlechte PISA-Ergebnis (wobei immerhin jetzt eine für die Monitor-Stichprobe ausreichender Ergebnismumfang erzielt wurde) erklärt Gerhard Schmid, schulpolitischer Sprecher der CDU Berlin und Vorsitzender des Forums Schulpolitik und berufliche Bildung der CDU Berlin:

„Das schlechte PISA-Ergebnis Berlins ist weniger Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Berlin, wie Schulsenator Böger behauptet, sondern in der Hauptsache hausgemacht.

1. Jahrzehntelang wurde in Berlin die große Anzahl von Personalmitteln für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache (über 1 000 Lehrerstellen) falsch eingesetzt. Ganze Generationen von diesen Schülern gingen so für die Bildung und für eine Berufsausbildung verloren, so auch die 2003 bei PISA getesteten 15-jährigen Schüler.

Der überwiegende Teil der Stunden dieser über 1 000 Lehrkräfte wurde seit den 70er Jahren bis über das Jahr 2000 hinaus nicht zur systematischen Sprachförderung der ausländischen Schüler genutzt, sondern als Vertretungsmittel, als 2-stündiger Nachhilfeunterricht zum Deutschunterricht ohne wesentliche

### Studiengebühren? – Nein, ... aber!

In einem ARD-Tagesschau-Chat Ende August antwortete Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit auf die Frage, ob in Berlin Studiengebühren eingeführt würden, wenn die PDS nicht mehr an der Macht sei: „Die SPD schließt sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene Studiengebühren für das Erststudium aus. Aber man muß auch die Entwicklung in den anderen Bundesländern beobachten.“



Lernergebnisse oder als Teilungsstunden – was Arbeiterleichterung für die Lehrkräfte brachte, aber nicht dem systematischen Spracherwerb diente.

2. Die Senatsverwaltung für Bildung praktiziert durch ihre unprofessionelle und ineffiziente Arbeitsweise – gerade wieder in der Einstellungspolitik für das Schuljahr 2005/06 – eine demotivierende Personalführung. Das führt zu unmotivierten Lehrkräften und zu einer durchschnittlich schlechten Unterrichtsqualität in den Berliner Schulen.

3. Berlin log sich durch die nicht ganz so schlechten Ergebnisse ihrer seit kurzem durchgeführten Vergleichsarbeiten in den Grundschulen und den geschönten Ergebnissen in den 10. Klassen der Oberschule in die eigene Tasche: Da diese Vergleichsarbeiten nicht extern ausgewertet wurden wie bei der PISA-Untersuchung hatten die Ergebnisse keinen objektiven Charakter – spiegelten so nicht die Leistungswirklichkeit wider.

4. In Berlin herrscht, im Gegensatz z. B. zu den süddeutschen Bundesländern und zu CDU-regierten Bundesländern mit Aufbruchstimmung nach 1990 wie Sachsen und Thüringen, bei einem hohen Prozentsatz der Bevölkerung, auch der deutschen, ein geringer Leistungs- und Bildungswille vor – bei den Migrantenfamilien in den innerstädtischen Ballungsgebieten, bei sozial schwachen

Familien und auch bei vielen Nach-68ern, die wenig Erziehung und Bildung erlebt haben.

Die eingeleiteten Reformen in Berlin werden an der mißlichen Bildungssituation in Berlin nicht viel ändern:

1. Die Vorklassen an den Grundschulen wurden abgeschafft anstatt ihre Effizienz zu steigern und eine Vorklassenpflicht für Schüler mit keinen oder schlechten Deutschkenntnissen einzuführen.

2. Die Förderklassen für schwache Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache wurden abgeschafft und eine sog. flexible Schulanfangsphase eingeführt mit Einschulungspflicht für alle Kinder ab 5 1/2 Jahren.

In den ersten Grundschulklassen wird es somit zu einer Ballung von Problemkindern kommen: Kinder nichtdeutscher und deutscher Herkunftssprache mit keinen oder schlechten Deutschkenntnissen, lern- und verhaltensgestörte Kinder ohne Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs, durch Abschaffung der ‚Rückstellung‘ nicht schulfähige Kinder und Hochbegabte.

Diese Kinder werden dann gemeinsam mit normal schulfähigen Kindern in einer Lerngruppe unterrichtet, die dann jährlich ausgewechselt wird, was für viele Kinder den Verlust ihrer notwendi-

gen Bezugspersonen bedeutet – das wird in den nächsten Jahren ein tolles PISA-Ergebnis in Berlin ergeben!

3. Ganztagsbetreuung nur für "Berechtigte" anstatt für die bildungsbedürftigen Kinder.

4. Eine mangelhafte Werteerziehung in der Stadt: in vielen Familien, da auch die Eltern eine systematische Werteerziehung bei ihren Eltern oder in den Schulen nie erlebt haben, in den Grundschulen bei Fehlen eines Wahlpflichtfaches Religion alternativ Philosophie/Ethik, bei einer Mehrheit der Schüler und in den Oberschulen beim geplanten Wertefach Ethik ohne religiöse und philosophische Grundlegung.“

Berlin soll besser werden. Es gibt noch viel zu tun. Man darf gespannt sein, wie sich die Anstrengungen in einer künftigen Rangliste niederschlagen.

*Winfried Holzapfel*

<sup>1</sup>zumal die Spitzenplatzierung dort zum Teil der „ausreichenden Stichprobengröße im aktuellen PISA 2003 zu verdanken“ ist. „Die Sanktionierung im Bildungsmonitor 2004, bei der sechs von neun PISA-Indikatoren mit null Punkten bewertet wurden, entfällt im Bildungsmonitor 2005. Der Blick auf die vergleichsweise moderaten Zuwächse Hamburgs, für das ebenfalls das Sanktionsverfahren aufgehoben wurde, verdeutlicht, daß die Spitzenplatzierung im Dynamik-Ranking auch auf erhebliche Verbesserung bei einer Vielzahl anderer Kennziffern zurückzuführen ist“. (Zitat aus der Studie) – Hamburg liegt im Bestandsranking trotz der geringeren Dynamik dennoch fünf Plätze vor Berlin. (Anmerkung der fdw-Redaktion)

## Hessen: Gründung von Elite-Hochschulen

# Versprechen nicht einlösbar

Die von vielen begrüßte Gründung von Elite-Hochschulen bestätigt das, was Kritiker der Bildungspolitik bereits vorausgesagt hatten: Die Universitäten in ihrer gegenwärtigen Verfassung sind nicht in der Lage, den wissenschaftlichen Anschluß an renommierte Universitäten des Auslands zu leisten. Spitzenforschung gedeiht im Umfeld von Massenuniversitäten nicht. Die Folgen sind voraussehbar: die Zweiteilung in Universitäten mit einem Qualitätsniveau, das den Namen rechtfertigt, und Produktionsstätten von möglichst vielen Abschlüssen, deren Inhalte immer weniger vergleichbar werden, so daß am Ende niemand mehr genau sagen kann,

was eigentlich hinter einem Bachelor steckt. Die alten Kernfächer werden wahrscheinlich zugunsten von Kombinationen aufgelöst. Die Anfänge gibt es schon. So kann man an der Fachhochschule in Magdeburg einen Bachelor in „Kindheitswissenschaften“ erwerben. An der Universität Frankfurt/Main ist im Fach Kulturanthropologie eine Diplomarbeit möglich, die sich dem Thema „weight watchers“ widmet, also Diätprogrammen. Das erinnert stark an amerikanische Verhältnisse mit den dort vorhandenen Unterschieden zwischen den Einrichtungen, die sich Universitäten nennen können. Für die Absolventen wird bald schmerzlich klar werden, daß

ein Abschlußtitel allein nicht mehr ohne weiteres Türen öffnet und vor allem auch eine höhere Bezahlung garantiert. Die Inflationierung der universitären Diplome, die der Niveausenkung des Abiturs nachfolgt, wird mit persönlichen Enttäuschungen verbunden sein. Das Versprechen eines breit gestreuten sozialen Aufstiegs durch höhere Bildung wird sich nicht einlösen lassen.

*Lilo Süllwold*

*Frau Professor Dr. Lilo Süllwold ist Regionale Ansprechpartnerin des Bundes Freiheit der Wissenschaft in Hessen.*

## Mecklenburg-Vorpommern: Scharfe Proteste

# Die traditionsreichen Landesuniversitäten vor dem Aus?

Klaus Dieter Rosenbaum

Das Land Mecklenburg-Vorpommern besitzt 2 Universitäten, 3 Fachhochschulen und eine Hochschule für Theater und Musik.

Die Landesuniversität von Mecklenburg wurde 1419 in Rostock und die von Vorpommern 1456 in Greifswald gegründet.

Am 28. 1. 2005 hat die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern ein neues Personalkonzept für die Landesverwaltung beschlossen.

Es sieht für den Hochschulbereich eine Streichung von 600 Personalstellen bis zum Jahre 2017 vor.

Da die Universitäten am meisten betroffen sind, gab es auch dort die schärfsten Proteste. Sie wurden dabei aus allen Teilen der Gesellschaft unterstützt. Neben den Protesten aus den Akademischen Senaten, der Professorenschaft und der Studentenschaft solidarisierten sich die Unternehmerverbände und Gewerbetreibende sowie die Stadtverwaltung und Bürgerschaft als auch die Bevölkerung der Hansestadt Greifswald mit Unterschriftenlisten in bisher nicht gekannter Weise mit ihrer Universität im Wissen, daß in der strukturschwachen vorpommerschen Region allein die Universität in ihrer augenblicklichen Aufwärtsentwicklung einziger Hoffnungsträger für eine wirtschaftliche Entwicklung ist.

So kritisierte der Akademische Senat an der Rostocker Universität, dass das Gesamtkonzept des Bildungsministeriums nicht erkennen lasse, daß Bildung und Wissenschaft als tragende Säulen für die Zukunft des Landes angesehen würden.

Der Bürgerschaftspräsident der Hansestadt Greifswald, gleichzeitig Mitglied des Landtages, warf der Landesregierung vor, daß bei den Hochschulen das vorgesehene Einsparpotential mit 17,9 % der Stellen nur 0,6 % weniger als bei den überbesetzten Behörden des Landes beträgt.

Als in den Universitätsgremien die Diskussion darüber einsetzte, welche

Fachrichtungen aufgegeben werden müßten, um den Anforderungen des Bildungsministers nachzukommen, richtete sich der Zorn mehr und mehr gegen ihn und jene aus den Universitäten, die dem Zwang der Landesregierung so schnell durch ihre Abschmelzungsvorschläge entgegenkamen.

Bildungsminister ist Prof. Hans-Robert Metelmann, der zur Zeit seine Position als Direktor der Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie/Plastische Operationen an der Universität Greifswald nicht wahrnimmt.

Er galt in der Öffentlichkeit als ein Verfechter einer einzigen Landesuniversität für Mecklenburg-Vorpommern. In einem Interview erklärte er dazu: „Wir brauchen die Uni in Rostock und die in Greifswald – das wäre sonst Geschichtsvergessen. Aber wir brauchen eine Plattform.“

Er nannte auch sein Ziel: Bis 2020 sollen die Universitäten Rostock und Greifswald insgesamt 600 Stellen einsparen. „Gegenüber früheren Sparplänen bis 2009 haben wir Zeit gewonnen“, so der Minister.

In der Diskussion standen folgende Erwägungen, um sogenannte „Doppelungen“ zu vermeiden:

### Jura nur in Greifswald

Jura nur noch in Greifswald, Schließung des Greifswalder Instituts für Kirchenmusik und Musikwissenschaft, der Altertumswissenschaften, Romanistik; Amerikanistik, Geologie, Umweltwissenschaften, Mathematik, Teile der Lehrerbildung usw.

Ferner wurde die Schließung der Theologischen Fakultät erwogen.

Zum Schwerpunkt für die Geisteswissenschaften wurde die Universität Rostock erklärt.

Darauf legten die Rektoren der Universitäten Rostock und Greifswald ein Konzept vor, mit dem sie verhin-

dern wollten, daß die Landesregierung allein die Entscheidungen über eine Streichung von Fächern trifft. Sie verbanden die Darstellungen ihrer Überlegungen mit einem Protest.

Wie der Presse zu entnehmen war, bedauerte der Bildungsminister, daß sich die Fachschulen nicht am Konzept beteiligt hätten.

Gleichzeitig wurden die Rektoren einer Kritik aus den eigenen Reihen unterzogen. Der Akademische Senat der Universität Rostock äußerte seine Befürchtungen, daß die Vorschläge zur Schließung der Studiengänge Betriebswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaft sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirken könnte.

Die von den Sparplänen ihrer Rektoren betroffenen Studiengänge nahmen die Schließungspläne nicht unwidersprochen hin, obwohl ein Prorektor der Universität Greifswald um Verständnis für das Rektorpapier warb, weil es in den angesprochenen, kleinen Bereichen schon jetzt an der nötigen Breite fehle.

Der Greifswalder Dekan der Theologischen Fakultät brachte seine tiefe Enttäuschung über den Rektor zum Ausdruck und gab zu erkennen, daß der Rektor den Zumutungen durch die Landesregierung mehr Widerstand hätte entgegenbringen müssen.

### Visionen gefordert

Entrüstungen wurden seitens des Bischofs, des Oberbürgermeisters, zahlreicher Politiker und vieler Bürger zum Ausdruck gebracht, die statt Streichungen Visionen einforderten. Ferner luden leitende Professoren und der ASTA zu Pressekonferenzen in Greifswald.

Die Rektoren der Fachhochschulen in Wismar, Stralsund und Neubrandenburg lehnten das Schweriner Rasenmäherprinzip ab. Sie sollten 150 Arbeitsplätze bis 2017 abgeben. Dadurch wurde leider auch eine bis da-

hin einheitlich agierende Landesrektorenkonferenz gespalten. Die drei Rektoren hielten sich im Gegensatz zu den Universitätsrektoren sehr zurück und wollten die Sparpläne erst in ihren Gremien diskutieren.

Im März verteidigte der Greifswalder Rektor der Presse gegenüber seinen „Vorstoß“, daß man sich erst am Anfang der Debatte befände und das letzte Wort den Senaten zusteht. Der Senat sei in Greifswald noch nicht einbezogen worden, weil ein solches Papier nicht mit 40 Mitgliedern erarbeitet werden könne. Sein Papier „ist Angriff auf die völlig sachwidrigen Vorgaben des Bildungsministeriums. Wir setzen eigene Akzente: Es ist ein Erfolg, wenn von diesen Vorgaben nicht mehr die Rede ist“. Und weiter führte der Rektor aus, „Schwerin wollte Unis und Fachhochschulen in gemeinsame Strukturen zwingen. Damit würden beispielsweise die Wirtschaftswissenschaften in Stralsund und Greifswald zusammengeführt, obwohl sie ganz unterschiedliche Inhalte und Ziele haben.“

Darauf wurden die auch vom Senat abgelehnten Einsparvorschläge zurückgezogen und die Diskussion um sie fortgeführt, denn eine neue Hochschulstruktur wurde als unstrittig notwendig angesehen, wenn Mecklenburg-Vorpommern sich im Wettbewerb um Studenten behaupten wollte.

### **Nur eine Universität**

Die Schweriner Landesregierung entwickelte nun neue Vorstellungen über nur eine Universität von Mecklenburg-Vorpommern. Der Bildungsminister wollte die Landesuniversität gesetzlich fixieren und darüber mit den Rektoren beraten.

Diese Vorstellungen erzeugten einen heftigen Widerstand. So wehrte sich auch der Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in Greifswald dagegen, weil niemand die Landesuniversität ohne Tradition akzeptieren würde und die Gewinnung von den immer weniger anfallenden Studentenzahlen für Mecklenburg-Vorpommern noch verschlechtern würde.

Dem Papier über die Ergebnisse nachfolgender Beratungen der Rek-

toren mit dem Bildungsminister konnte man entnehmen, daß die Hochschulen erhalten bleiben. Dabei müßten sich die angestrebten strukturellen Änderungen aber den Prüfkriterium zur umfassenden Landesentwicklung und Entwicklung der umliegenden Regionen unterziehen. Ferner wurde unter anderem eine leistungsorientierte Schwerpunktbildung als unabdingbar angesehen und Studien- und Kosteneffizienz sollten ein Auswahlkriterium im Hinblick auf die Fortexistenz von Studiengängen bilden.

Nach einem weiteren Spitzengespräch stellt die Landesregierung neue Pläne mit Kompetenzfeldern und gemeinsamen Schnittstellen zur Zusammenlegung vor.

Die Vorschläge sollten daraufhin in den Hochschulgremien beraten werden, bevor sich die Rektoren wieder zur Beratung Ende Mai zusammenfinden wollten.

Das dann für den 9. Juni geplante Treffen fand jedoch nicht statt und der Bildungsminister gibt ein Ultimatum an die Rektoren der 6 Hochschulen in M-V, sich schriftlich zum Kompetenzfelder-Papier zu äußern.

Die Rektoren erbaten aber eine erneute Beratung, weil sonst der Bildungsminister sein Konzept an die anderen Ministerien weitergeleitet hätte, um es Anfang Juli im Kabinett beraten zu lassen. Nach der Sommerpause hätte der Landtag darüber beraten.

Inzwischen ist das Kompetenzpapier in der öffentlichen Diskussion.

### **„fachlich nicht durchdacht“**

Die Hochschulen greifen daraufhin die Reformpläne der Landesregierung als „fachlich nicht durchdacht“ an. Das Papier zum Zusammenlegen von Fachbereichen verschiedener Hochschulen wird als „Schnellschuss“ gewertet. Der Greifswalder Rektor Prof. Westermann beurteilt das Papier so: „Die Verteilung der Fächer auf beide Universitäten benachteiligen Greifswald in einer unerträglichen Weise.“

In Rostock und Wismar demonstrieren die Studenten und schrieben offene Briefe. Namhafte Persönlichkeiten haben sich zu ihnen bekannt.

Die Reaktionen zeigten Wirkung. Bildungsminister und Rektoren einigten

sich darauf, bis zum Herbst bilaterale Gespräche zu führen.

Offensichtlich schon überreizt, entgleiste der Minister und griff am Beginn des Treffens zu einer wenig demokratischen Form, als er Presseberichten zufolge die anstehende Aussprache beurteilte: „Es ist eine Zusammenkunft des Vorgesetzten mit seinen Bediensteten.“

Seine Einschätzung über ein gutgeführtes Gespräch schien der Rostocker Rektor Prof. Wendel nicht zu teilen: Zwar stimme man tatsächlich darin überein, was im Lande an Wissenschaftskompetenz wünschenswert wäre. „Uns haben aber vor allem die 20 Prozent Sorge bereitet, die im Kompetenzfeldpapier nicht genannt werden.“

Es ist die Einsicht erzielt worden, daß „Hochschulreform ohne Hochschulen der falsche Weg ist“.

Der Greifswalder Rektor versuchte eine Beurteilung mit dieser Erklärung:

„Wir haben die Zusage, daß unsere Bedingungen akzeptiert sind.“

Der Bildungsminister erweckte den Anschein, auf eine einvernehmliche Lösung zu hoffen:

„Der Königsweg wäre, wenn sich die Hochschulen gemeinsam einigen und damit das Fundament für eine starke, wettbewerbsfähige Wissenschaftsregion legen.“

Aber er glaubte wohl nicht an eine Lösung im Sinne der Landesregierung und so setzte er schon die Eckpfeiler:

Mit der geplanten Änderung des Landeshochschulgesetzes wappte sich das Kabinett aber auch für den Fall, daß dies mißlinge. Die Landesregierung fordert von den Hochschulen, Flächendopplungen abzubauen und bis zum Jahr 2020 etwa 600 Stellen zu streichen. Das Kabinett will künftig eigenständig Studiengänge einrichten oder aufheben, falls keine Einigung mit den Hochschulen erreicht wird.

Danach beschloß die Landesregierung Ende August eine Verordnungsermächtigung, die im Landeshochschulgesetz aufgenommen werden soll.

## Brechstange statt Verhandlung

Die Presse kommentiert es so: Brechstange statt Verhandlung, Zentralismus statt Suche nach Konsens. Die mühsam erkämpfte Hochschulautonomie wird ausgehebelt. Die ist aber notwendig, um Wettbewerb zukunftsfähige Hochschulen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sollte verwiesen werden auf den Bericht des Regionalbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern zum neuen Landeshochschulgesetz in der Zeitschrift Nr. 1 des Bundes Freiheit der Wissenschaft vom März 2003 und den Kommentar dazu vom damaligen hochschulpolitischen Sprecher der PDS-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, wie er mit der Gegendarstellung in der Zeitschrift Nr. 3 vom September 2003 niedergelegt wurde.

Der Sprecher der PDS-Fraktion entriestete sich über den Bericht so sehr, daß „es ihm zugegebenermaßen sehr schwer fällt, sachlich auf den o. g. Artikel zu reagieren“.

Er beabsichtigte die These, daß das Land den Hochschulen keine vollständige Hochschulautonomie gewährte, als fälschliche Interpretation zu diskreditieren und begründete dies so, „daß die Hochschulen im Rahmen der Zielvereinbarungen eigenständig über die Einrichtung, Schließung bzw. Veränderung von Studiengängen entscheiden. Das ist meines Erachtens ein sehr großer Schritt zur Hochschulautonomie“.

Die bisherigen fehlgeschlagenen Bemühungen der Hochschulen, die Strukturveränderungen selbst nach ihren fachlich begründbaren Richtlini-

en vornehmen zu wollen, bestätigt aber unsere These, daß den Hochschulen nicht die volle Autonomie durch das LHG eingeräumt wurde, um die Strukturen auf der Grundlage ihrer Kompetenz und ihren Vorstellungen einer wirtschaftlichen Effizienz durchführen zu können.

Nun wird durch die SPD-PDS-Landesregierung sogar diese halbherzige Hochschulautonomie noch ausgehebelt und wie in sozialistischer Tradition durch eine Direktive ersetzt.

*Professor Klaus Dieter Rosenbaum ist Regionaler Ansprechpartner des Bundes Freiheit der Wissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern.*

## Frühe Fremdsprachen:

# Englisch ist Nummer 1 in den Grundschulen

### Intensives Engagement der Schulbuchverlage

Frankfurt, im Juni 2005. Die Experimentierphase ist vorbei, die Ziele sind klar und der Sieger steht fest: Fast alle Grundschüler lernen eine Fremdsprache, geregelt und verbindlich – und meist ist es die Muttersprache der Queen. Dies ergibt sich aus einer aktuellen Übersicht des VdS Bildungsmedien e. V., die neben den Gemeinsamkeiten aber auch diverse Unterschiedlichkeiten im Sprachenunterricht der Grundschulen feststellt. Die Schulbuch- und Bildungsverlage sind seit geraumer Zeit sehr aktiv in der Lehrerqualifikation und Fachberatung auch für dieses Unterrichtssegment; sie haben zudem qualitativ hochwertige Medien –

vom Schulbuch bis zum Portfolio – entwickelt, mit dem Lehren & Lernen ohne „Korsettstangen“ möglich ist. Der komplette Bericht mit verschiedenen Materialien, darunter eine Synopse über den Stand der Dinge zwischen Flensburg und Berchtesgaden und Literaturlisten für den Englisch- und Französischunterricht, ist unter [www.vds-bildungsmedien.de/html/vds.htm](http://www.vds-bildungsmedien.de/html/vds.htm) („Englisch ist No. 1 in den Grundschulen“) veröffentlicht.

Erwartungsgemäß setzte sich seit 2003, als das Lernen fremder Sprachen in der Primarstufe der meisten Länder Pflichtprogramm wurde, Englisch durch: In 15 Bundesländern beginnt man jetzt mit „Good Morning“, im Saarland und in Teilen Baden-Württembergs mit „Bonjour“.

Weitgehender Konsens besteht momentan auch darin, mit einer neuen Sprache ab Klasse 3 zu beginnen – in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz steigen die

Grundschüler allerdings schon in Klasse 1 in andere Sprachwelten ein. Und ebenso liegen jetzt überall verbindliche Lehrpläne vor, die sagen, was zu welchem Zweck gelernt werden soll.

Die entscheidenden Divergenzen zwischen den Ländern liegen in der Grundkonzeption: Welchen Stellenwert hat der Sprachenunterricht? Wie gehen die weiterführenden Schulen damit um? Und so geht man einerseits davon aus, daß in der Sekundarstufe I systematisch auf dem Grundschulunterricht „aufgesetzt“ werden soll; in anderen Fällen wird eine gegenteilige Auffassung vertreten. Folgerichtig gibt es auch auf die Frage „Noten?“ die geteilte Antwort: „Ja“ und „Nein“.

Wesentlich für den Erfolg des Sprachenlernens ist die Neuausrichtung der Lehrerbildung wie eine solide Fortbildung der Pädagogen. Für die Lehrerqualifikation bieten die Bildungsverlage vermehrt Seminare und Workshops an, und zwar in allen Regionen. Da die fremden Sprachen im „Medienmix“ gelehrt werden sollen, haben die Verlage auch zahlreiche gedruckte und digitale wie AV-Medien entwickelt, mit denen situationsbezogen gelernt werden kann – und zwar mit allen Sinnen.



„Frühes Fremdsprachenlernen“

NRW: Seit Juni Ministerin

## Sommer fing gut an



**Schülerministerin Barbara Sommer will „Vorrang für Unterricht“**

„Lob und Respekt“ spricht der nordrhein-westfälische Lehrerverband, in dem Philologenverband und Realschullehrerverband kooperieren, der neuen Ministerin für Schule und Weiterbildung aus.

Man hat den Eindruck, daß sie das, was in der Kürze der Zeit zu erwarten war, geleistet hat.

Unter anderem werden ihr folgende „gute erste Entscheidungen“ attestiert:

- Rücknahme der Verbindlichkeit des „Faches“ Naturwissenschaft (Rückkehr zum naturwissenschaftlichen Fachunterricht in Biologie, Physik, Chemie)
- Kurzfristige Einstellung von 1000 zusätzlichen Lehrern (Umsetzung des Wahlversprechens)

■ Trotz allgemeiner Haushaltssperre Bereitstellung von mehr Mitteln für den Schulbereich (was die Wertschätzung der Bildungsaufgaben dokumentiert)

■ Aufstockung der Mittel „Geld-statt-Stellen“ (macht mehr Einstellungen auf Zeit bei Lehrerausfall durch Krankheit möglich).

Beifall der Verbände findet auch, daß die Terminierung der Berichterstattung über die Weiterentwicklung der Schulprogramme, die für den 31. Dezember 2005 angesetzt war, aufgehoben ist.

Peter Silbernagel, der Vorsitzende des Philologenverbandes NRW, zeigt sich sehr zufrieden damit, „daß die Erfahrungen mit dem Modellprojekt ‚Selbständige Schule‘ einer kritischen Prüfung unterzogen“ werden, einem Projekt, das vom Bund Freiheit der Wissenschaft immer mit Skepsis beurteilt worden ist (vgl. besonders fdw Nr. 3 September 2001, S. 5–15).

In der Tat fällt auf, daß Frau Sommer in den Punkten, die den Unterricht als Kerngeschäft des Lehrers betreffen, unmittelbar aktiv geworden ist. Noch ist der Lehrermangel zwar nicht behoben, aber die Einlösung des Versprechens, zum Schuljahresbeginn 1000 neue Lehrer einzustellen, hat ihr einen Vertrauensbonus verschafft. Ein besonders deutliches Signal war auch die Abkopplung der Bildungsausgaben von der Haushaltssperre. Im obligatorischen Rundschreiben zu Beginn des Schuljahres an „die lieben Kolleginnen und Kollegen“ betonte die Ministerin zu wissen, „welch gute Arbeit an den Schulen geleistet wird, und mit wie viel Engagement Lehrerinnen und Lehrer sich für die Kinder und Jugendlichen einsetzen“.

Wenn „Unterricht“ erklärmaßen „Vorrang“ hat und die Landesregierung diese Wertschätzung in ihren ersten Maßnahmen augenfällig unterstreicht, dann wird vor diesem Hintergrund die Anweisung, „daß schulische Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts so zu organisieren sind, daß kein Unterricht ausfällt“, erst recht nachvollziehbar. Allerdings: Schulische Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts fallen in die sonstige Arbeitszeit des Lehrers (Vor- und Nachbearbeitung des Unterrichts, Korrigieren). Bei Verzicht auf übertriebene Rigidität kann es hier zu einer inneren Akzeptanz aller kommen, an der sich dann wirklich „eine hohe Wertschätzung von Bildung, Erziehung und konkret von Unterricht“ (um noch einmal aus dem Brief zu zitieren) ablesen lassen wird.

Mit Spannung erwartet das Aktionsbündnis Schule, dem auch der Bund Freiheit der Wissenschaft angehört, nun die Novellierung des Schulgesetzes. Dem Willen der neuen Mehrheit zufolge soll der parlamentarische Prozeß so rechtzeitig eingeleitet werden, daß das neue Schulgesetz zum Schuljahr 2006/2007 in Kraft treten kann.

Im Bündnis erwartet man, daß dabei die Forderungen

- das gegliederte Schulwesen zu erhalten, seine Qualität zu sichern und zu verbessern sowie
- die Schulaufsicht schulformbezogen und überregional als kollegiale Behörde beizubehalten

umgesetzt werden.

*Winfried Holzapfel*

**Der BFW im Internet:  
<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>**

Eine spektakuläre Idee wird Wirklichkeit: Volkswagen baut eine Universität. Im folgenden erläutert Professor Walter Ch. Zimmerli die Ziele, die das Unternehmen damit verfolgt, und die Funktionsweise der Bildungseinrichtung.

## Werkstatt für Zukunftswissen und Forum für Unternehmenskultur – Die Volkswagen AutoUni

### Warum ein Wirtschaftsunternehmen in Bildung investiert

Die Bedeutung von Wissen in unserer Gesellschaft wächst; Wissen wird zu einem immer wichtigeren Produktionsfaktor. Fachliches Können „*verwissenschaftlicht*“ sich, indem der Wissensanteil in den Produkten zunimmt und Arbeit immer stärker in übergreifende Kontexte gestellt wird. Für Unternehmen ist es mittlerweile überlebenswichtig, schneller wettbewerbsrelevantes Wissen zu erzeugen und in den wichtigsten Forschungsbereichen anwendungsbezogene Resultate zu erzielen sowie diese im Produktions- und Dienstleistungsprozess umzusetzen. Wissenschaftliches Wissen diffundiert immer stärker in die Wirtschaft: angefangen von den Organisationsprinzipien der Arbeit (Managementmethoden) über die sozialpsychologischen Analysen am Arbeitsplatz bis hin zu technologischen Kontexten.

Ein global agierendes Unternehmen kann es sich heutzutage überhaupt nicht mehr erlauben, sein eigenes Wissens- und Bildungsguthaben nicht ständig zu erneuern. Es muss Bildungsangebote aus einer Hand anbieten und auf Augenhöhe mit den international verfügbaren Wissensinstitutionen kooperieren.

Die Volkswagen AutoUni trägt dieser Entwicklung Rechnung. Sie ist ein bildungspolitisches Experiment, welches der Weltkonzern Volkswagen ganz bewusst unternimmt. Ziel ist es, neue Bildungswege zu eröffnen, auf denen es gelingt, Menschen mit methodischen Kompetenzen auszustatten (neben fachlichen, kommunikativen und sozialen Kompetenzen), die sie gegenwärtig in die Lage versetzen, möglichst gut auf zukünftige Handlungssituationen vorbereitet zu sein. Dieser Wissensvorsprung soll sich damit gleichzeitig zu einem Wettbewerbsvorteil entwickeln.

Als strategisches Zukunftsprojekt des Volkswagenkonzerns ist die Volkswagen AutoUni eine deutschlandweit einzigartige Bildungseinrichtung mit wissenschaftlichem Profil. Und sie ist mehr als eine typische „Corporate University“. Die Corporate Universities sind betriebliche Weiterbildungseinrichtungen, wie sie viele Großunternehmen haben. Jedoch verleihen diese weder akademische Grade, noch vermitteln sie transdisziplinäre Fähigkeiten und Fertigkeiten. Gerade diese werden aber heute von den Studierenden erwartet.

Ursprünglich wurden Corporate Universities (CU's) zu dem Zweck ins Leben gerufen, Unternehmen effizienter in ihrem Bildungsbedarf zu unterstützen und die spezifischen Anforderungen schneller umzusetzen. Somit sind CU's auch Plattformen, auf denen der strategische Wandel eines Unternehmens hervorragend auf- und umgesetzt werden kann. Die Volkswagen AutoUni unterstützt in einem eigenen Strategieforum (*ThinkTank*) den Wandel des Unternehmens zu einem Mobilitätsdienstleister, sieht darin aber nur eine ihrer Hauptaufgaben. Sie zeichnet sich zudem durch eine wissenschaftliche Profilbildung aus und trägt der besonderen und neuen Bedeutung von Wissen im Unternehmen Rechnung. Dem Volkswagen-Konzern diesen wettbewerbsrelevanten Wissensvorsprung zu verschaffen, ist das interne Ziel des Lehr- und Forschungsprogramms der Volkswagen AutoUni.

Die Volkswagen AutoUni will die Schwächen der bereits existierenden Unternehmenshochschulen und die der akademischen Einrichtungen vermeiden, aber deren Stärken kombinieren. Programmatisch ausgedrückt: die Volkswagen AutoUni ist mehr „University“ als die Corporate Universities und mehr „Corporate“ als die öffentlichen Universitäten.



Walther Ch. Zimmerli

Sie stellt jedoch keine Konkurrenz für die staatlichen Hochschulen dar, sondern ist deren notwendige Ergänzung. Die Studierenden an der Volkswagen AutoUni, Management- und Fachleuten, haben alle bereits ein Studium erfolgreich absolviert und werden einem strengen Auswahlverfahren unterzogen.

Bisher haben die Unternehmen im tertiären Bildungssektor spezifische Managementtrainings auf sehr hohem Niveau bedarfsgerecht angeboten und strategisch orientiertes Lernen entwickelt. Damit waren aber keine akademischen Abschlüsse verbunden. Wissen wurde als Produktivkraft gesehen und sollte einen unmittelbaren „*return on investment*“ erzielen. Zwar betrachtet auch die Volkswagen AutoUni Wissen als Produktivkraft, will aber der Vielfalt unterschiedlicher Wissenstypen stärker Rechnung tragen. Somit eröffnet sich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, sich gleichzeitig unternehmensintern und universitär weiterzubilden. Darüber hinaus werden durch die Verschränkung der wirtschaftlichen

Praxis, die Forschungsfragen aufwirft, mit der wissenschaftlichen Theoriebildung, der es an wirklichen Fällen („real cases“) mangelt, neue Wissenspotentiale für den Konzern erschlossen sowie neue Formen der Wissensvermittlung (praxisgenerierter Wissenstyp) entwickelt.

## Struktur

Die Volkswagen AutoUni gliedert sich in drei Schools: die „School of Economics & Business Administration“, die „School of Humanities & Social Sciences“ und die „School of Science & Technology“. Durch die drei Querschnittsressorts „Unternehmenskultur und -werte“, „Lernstrategie und -technologie“ sowie „Forschung“ werden die Schools thematisch und technisch vernetzt. Sie setzen zum einen die eigens von der Volkswagen AutoUni entwickelte Lernstrategie um und bauen zum anderen ein Veranstaltungsforum auf, das durch zukunftsweisende Veranstaltungen strategische Impulse liefert.

Derzeit stehen die fünf Themenschwerpunkte Nachhaltigkeit, Mobilität, Führung, Dienstleistung und Gesundheit im Mittelpunkt der Volkswagen AutoUni. Diese Themen spiegeln sich in ihren Studiengängen wider. Ende dieses Jahres wird der erste Studiengang „Sustainable Mobility“ starten, Anfang nächsten Jahres „Leadership in a Global Context“.

## Warum transdisziplinär?

Die Volkswagen AutoUni versucht, konsequent transdisziplinär auszubilden und zu forschen. Die alle wissenschaftlichen Disziplinen an den Universitäten, aber auch alle fachlichen Bereiche im Betrieb übergreifende Problemorientierung steht im Vordergrund und definiert den Bedarf an Wissen, der von den einzelnen Disziplinen abgefordert wird bzw. neu gebildet werden muss.

Um es modellhaft zu erläutern: Transdisziplinarität wird an der Volkswagen AutoUni eher als ein Verfahren verstanden, denn eine wissenschaftliche Theorie; d.h. man geht zunächst multidisziplinär an ein Problem heran, das aus unterschiedlichen Perspektiven beschrieben werden kann. In dieser Vorgehensweise bleibt es dem Betrachter als Aufgabe, aus diesen vielschichtigen Blickwinkeln eine in sich konsistente Problembeschreibung vorzunehmen und mögliche Lösung zu skizzieren.

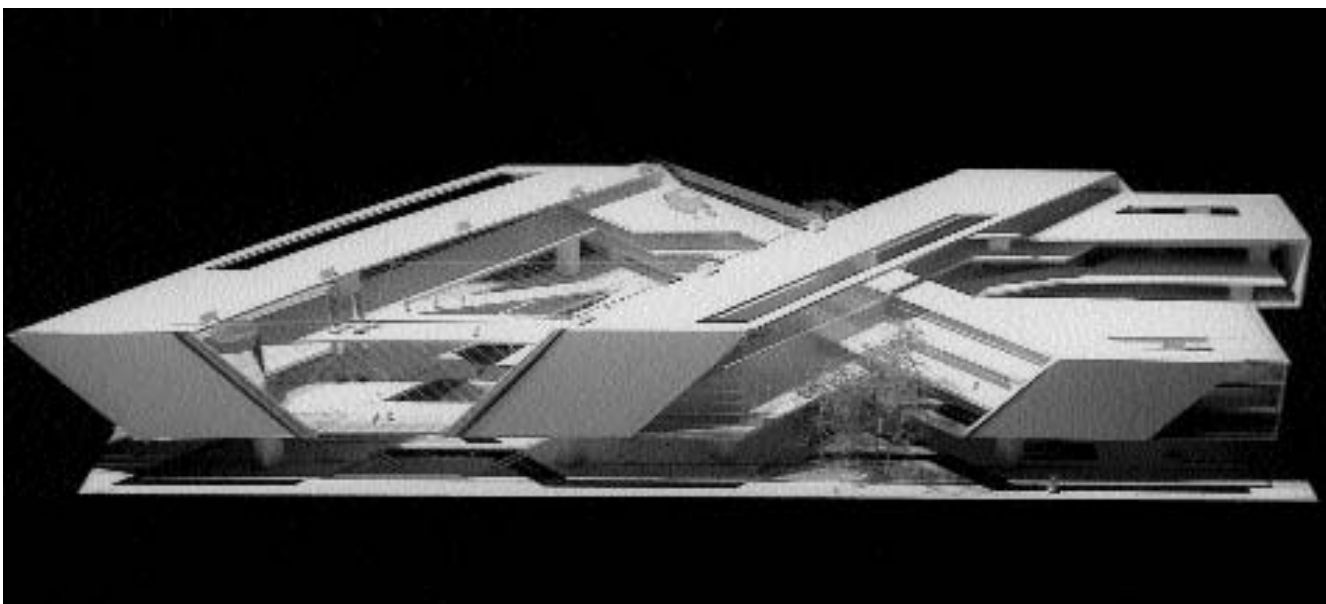
Die interdisziplinäre Methodik, bei welcher der Versuch gemacht wird, die aus den disziplinären Versuchen zur Lösung der Probleme resultierende Theorie-lücke durch eine Metatheorie zu schließen, erweist sich für ein handlungsorientiertes Lernkonzept, wie es die Volkswagen AutoUni als Weiterbildungshochschule anstrebt, als ungeeignet. Aus der Metatheorie entspringt keine wirkliche Lösungskompetenz, sondern in der Regel eine einheitliche Er-

fassung und Bewertung des Problems. Daraus resultiert aber kein anwendungsorientiertes Ergebnis, sondern nur eine neue wissenschaftliche Sichtweise, die ihre Relevanz für die tägliche Praxis noch unter Beweis zu stellen hat.

Der transdisziplinäre Ansatz versucht nun, beides zur Geltung kommen zu lassen: zum einen die notwendige Wissenschaftlichkeit. Ohne sie wäre es nicht möglich, das Problem adäquat zu beschreiben und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Zum andern die wichtige Vielfältigkeit. Ohne sie wäre es nicht möglich, die verschiedenen Wirklichkeitsaspekte des Problems (die sich durch die unterschiedlichen Beschreibungen manifestiert) zu erfassen und dadurch zu besseren Lösungen zu kommen. Erst aus der unterschiedlichen Betrachtung eines Themas, das mit wissenschaftlichen Argumenten vorgetragen wird, ergibt sich dann eine vielschichtige Erfassung der Wirklichkeit, der es nicht an theoretischer Tiefe fehlt.

## Forschung

Neben der Lehre ist die Forschung an der Volkswagen AutoUni von zentraler Bedeutung. Durch die intelligente Zusammenführung akademischer Grundlagen- und industrieller Anwendungsforschung soll eine räumliche und institutionelle Grenzen überwindende neue Art von Innovationsforschung entstehen. Den institutionellen Rahmen für



*Futuristische Bildungsarena – Modell der Volkswagenuniversität*

die Innovationsforschung der Volkswagen AutoUni bildet der sich im Bau befindliche MobileLifeCampus. Dort wird die Volkswagen AutoUni Anfang 2006 einziehen. Auf dem MobileLifeCampus werden die Cluster Mobilität, Freizeit, Informationstechnik und businessorientierte Gesundheit miteinander vernetzt werden. Mit ihrer praxisnahen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie passt die Volkswagen AutoUni als Drehscheibe ideal in das Konzept.

## Regionaldidaktik

Um ihrem Anspruch auf Internationalität gerecht zu werden, positioniert sich die Volkswagen AutoUni außerdem weltweit an den Standorten des Unternehmens. Hiermit erfüllt sie auch ein weiteres ihrer wesentlichen Merkmale – das Prinzip der Regionaldidaktik. Diesem Prinzip liegt die Annahme zugrunde, dass bestimmte Themen in den Regionen gelehrt und gelernt werden, die dafür als besonders geeignet erscheinen.

Um ein Beispiel zu nennen: Gewiss lässt sich ein Thema wie „Emerging Markets“ auch im Wolfsburger Hörsaal lehren; ungleich erfolgreicher und mit realer Fallbearbeitung verbunden aber ist die Durchführung eines solchen Themas in China, inmitten eines geradezu explodierenden Emerging Market. Ein anderes Beispiel ist das Modul „Managing Diversity“, dessen Präsenzphase in Südafrika durchgeführt wurde. Kaum ein anderes Land bietet eine solchen Mix von Ethnizitäten, Nationalitäten, Religionen, Herkünften, Alterskohorten, Landessprachen und Erfahrungen, mit denen global tätige Unternehmen immer häufiger umgehen können müssen.

In den ersten zwei Jahren ist das Studium an der Volkswagen AutoUni Konzernangehörigen vorbehalten. Sie stehen am Ende der Fertigungskette, jedoch darf man nicht aus dem Auge verlieren, welche Rolle die Partner- und Zuliefererfirmen spielen. Um auch diesem Personenkreis die Möglichkeit für eine hochqualifizierte Ausbildung zu

bieten, wird sich die Volkswagen AutoUni ab 2008 in einem zweiten Schritt für Studieninteressenten von Partner- und Zuliefererfirmen öffnen.

Die Volkswagen AutoUni muss zudem den Fehler der Corporate Universities vermeiden, isoliert „im eigenen Saft zu kochen“. Da Wissen die charakteristische Eigenschaft hat, sich durch Teilung nicht zu vermindern, sondern zu vermehren, und da die Qualität des Wissens direkt abhängig ist vom Wettbewerb, in dem es sich entwickelt, ist es erforderlich, dass sie sich in einem dritten Schritt ab 2010 allgemein öffnet. Hiermit bietet sie künftigen Studierenden eine erstklassige Qualifikation an und leistet als wissenschaftliche Hochschule einen entscheidenden Beitrag zu der Steigerung der Attraktivität des Standortes Wolfsburg.

*Professor Dr. Dr. h.c. Walther Ch. Zimmerli ist Präsident der Volkswagen AutoUni.*

## Warnung vor geistiger Verarmung:

# Kronzeuge Einstein

Albert Einstein: „Es ist von zentraler Bedeutung, daß die Allgemeinheit sich umfassend und verständlich über wissenschaftliche Forschung und ihre Resultate informieren kann. Wenn man wissenschaftliche Erkenntnisse einem kleinen Kreis von Menschen vorbehält, wird dadurch der philosophische Sinn eines Volkes geschwächt, was zu seiner geistigen Verarmung führt“.

Dieses Zitat stellen die Unterzeichner der „Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft“ leitmotivisch ihrem Aufruf voran, mit dem sie darauf hin wirken möchten, die deutsche Wissenschaftssprache für unser Land lebendig zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Anhänger der „Monolingualität“ (des Englischen) ignorierten, „wie stark die erklärende, ja schöpferische Kraft einer Fachsprache auch davon bestimmt wird, wie tief sie in einen muttersprachlichen Wortschatz von präzisen Wendungen, Sprachbildern und Assoziati-

onsmöglichkeiten eingebettet bleibt“, urteilt der emeritierte Medizinprofessor Dr. Haße von der Freien Universität Berlin, einer der Erstunterzeichner des Aufrufs. Schon heute gingen unserer Mutter- und Landessprache entsprechende Terminologien „Stück für Stück verloren“. Haße verweist auf einen Satz von Professor Hans-Olaf Henkel, des Präsidenten der Leibniz-Gesellschaft, der gesagt habe: „Englisch ist die Sprache, in der sich Wissenschaftler weltweit verständigen. Doch allein in Ihrer Muttersprache denken Wissenschaftler

kreativ, anspruchsvoll und genau. Deshalb sollten deutsche Forscher sie beständig hegen und pflegen.“

In privater Initiative hat eine Reihe von Mitgliedern des Bundes Freiheit der Wissenschaft durch Unterschrift den Aufruf unterstützt.

Der Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft schließt sich dem an. Im folgenden bringen wir den Aufruf unsern Lesern zur Kenntnis.

*Winfried Holzapfel*

**Zeitnahe Informationen auf unserer Website:  
<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>**



# Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft

Denken ist sprachlich vermittelt. Für die wissenschaftliche Abstraktion ist Sprache von konstitutiver Bedeutung, da Wissenschaften die Wirklichkeit in Hypothesen und Theorien abbilden, die intersubjektiv mitteilbar sein müssen. Dies wird durch Sprache als das verbindende Element einer Kommunikationsgemeinschaft garantiert.

Zur Zeit beobachtet man im deutschsprachigen Raum einen konsequenten Rückzug der Wissenschaft aus der Landessprache. Immer mehr deutsche Fachzeitschriften veröffentlichen Artikel deutschsprachiger Autoren in englischer Sprache, die Kongresssprache ist selbst auf Tagungen ohne internationale Beteiligung häufig englisch, und auch Vorlesungen für die deutschsprachige Studentenschaft werden immer häufiger auf Englisch angeboten.

Diese Entwicklung hat für den Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland schwerwiegende nachteilige Folgen.

## I. Auf internationaler Ebene hat Englisch eine wichtige Funktion als Kommunikationsmedium.

Wissenschaft und Forschung leben vom Austausch innerhalb einer internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft. Um die Kommunikation in einem weltweiten Wissenschaftsbetrieb sicherzustellen, hat sich die englische Sprache als *lingua franca* etabliert. Es ist unbestritten, daß jeder Wissenschaftler seine Ergebnisse auch in internationalen englischsprachigen Zeitschriften präsentieren muß.

## II. Ein ausschließlicher Gebrauch der englischen Sprache innerhalb des deutschen Wissenschaftsbetriebes erschwert den Gedankenaustausch.

Zunehmend wird in Deutschland auch im internen Wissenschaftsalltag und auf nationalen Tagungen ohne oder mit nur geringer internationaler Beteiligung ausschließlich auf Englisch verhandelt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kann sich jedoch niemand in einer Fremdsprache so gewandt ausdrücken und Nuancen so treffend wiedergeben wie in der Muttersprache.

Deutsche Wissenschaftler, die auf Englisch kommunizieren, vermögen komplexe Zusammenhänge oft nur ungeschickt zu vermitteln bzw. in entstellter Form zu perzipieren. Weiterhin können gerade inter- und transdisziplinäre Ansätze nicht mehr aufgegriffen werden, wenn die Kommunikation nicht in der Muttersprache erfolgt. Englisch ist für die weltweite Verständigung in Einzeldisziplinen zwar unverzichtbar, der Gebrauch der eigenen Muttersprache bietet

aber einen unschätzbaren Vorteil, der nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

## III. Der Primat einer Einheitssprache im Bereich der Wissenschaft bedeutet geistige Verarmung.

Jede Sprache bildet die Erfahrungswelt in einer spezifischen Weise ab, sie ist ein Spiegel des Weltverständnisses. Die Vorstellungen von der Wirklichkeit, die Ontologie, werden durch die Sprache, ihren Wortschatz, ihre Begrifflichkeit und ihre Struktur geprägt.

Wissenschaft und Forschung leben von riskanten und konkurrierenden Hypothesen, von eigenständigen schöpferischen Ideen, von unkonventionellen Herangehensweisen, von Visionen und von intuitiven Eingebungen. Wer in seinem wissenschaftlichen Schaffen die Verwurzelung in der eigenen Muttersprache und ihrer erklärenden Metaphorik aufzugeben gewillt ist, der kündigt auch seine Mitarbeit an der inhaltlichen Gestaltung seiner Disziplin auf.

Wir werden unserer wissenschaftlichen Produktivität langfristig schweren Schaden zufügen, wenn wir fortfahren, unsere Muttersprache und damit die für unser Denken und Wahrnehmen spezifischen Strukturen konsequent aus dem Erkenntnisprozess auszublenden.

## IV. Die Flucht in das Englische verhindert die Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaftssprache.

Die Dominanz des Englischen führt dazu, dass die deutsche Wissenschaftssprache zunehmend unbrauchbar wird.

Wenn selbst im internen Gebrauch die Landessprache aufgegeben wird, wird die Weiterentwicklung fächerspezifischer Terminologien nicht möglich sein.

Das oftmals vorgebrachte Argument, für neue Entwicklungen, die ja oft aus dem angloamerikanischen Raum kommen, stünden nur die englischen Originalbegriffe zur Verfügung, ist nicht überzeugend. Für jeden Sachverhalt lassen sich ohne Mühe Lehnwortbildungen, Lehnübersetzungen oder Lehn-schöpfungen finden. Fachbegriffe können aus der Alltagssprache abgeleitet werden, wie dies auch im Englischen häufig geschieht.

Daß die Preisgabe einer wissenschaftsspezifischen Landessprache und eigenständiger Denktraditionen keine unausweichliche Folge der internationalen Vernetzung sein muß, lehrt der Blick auf andere Sprachräume.

## V. Die Preisgabe der Landessprache führt zur Dissoziation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Wissenschaft ist integraler Bestandteil der Gesellschaft, welche sie finanziert. Die Bereitschaft, die Landessprache in innovativen Schlüsselbereichen weiterzuentwickeln, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß diese sich von der übrigen Gesellschaft nicht abkoppeln.

Wissenschaftler sind der Öffentlichkeit verantwortlich und haben gegenüber dem Steuerzahler eine Bringschuld zu erfüllen. Dies sollte v. a. im Bereich der anwendungsorientierten Forschung selbstverständlich sein. Da 30 % der Deutschen der englischen Sprache nicht mächtig sind und weitere 30 % nur über rudimentäre Kenntnisse verfügen, wird

der Verlust einer wissenschaftstauglichen deutschen Sprache weite Bevölkerungskreise von der Teilhabe und der Mitsprache an wichtigen Entwicklungen ausschließen.

Umgekehrt wird die Wissenschaft neue Fragestellungen, die sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld ergeben, nicht mehr wahrnehmen können. Die Akzeptanz von Wissenschaft in der Öffentlichkeit wird weiteren Schaden nehmen.

## VI. Der Verzicht auf eine deutsche Wissenschaftssprache macht den Wissenschafts-, Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland im Ausland nicht attraktiver.

Die Anwerbung von Studenten sowie von Gastwissenschaftlern aus dem Ausland ist lebensnotwendig für Deutschland. Ziel muss es sein, die Gäste während ihres Aufenthaltes nicht nur institutionell, sondern auch sozial einzubinden und sie für die Kultur des Gastlandes zu interessieren. Nur wenn sie sich nach der Rückkehr in ihre Heimat langfristig an Deutschland gebunden fühlen, wird sich ihr Aufenthalt für Deutschland später auszahlen. Dies wird jedoch nicht gelingen, wenn ihnen in Universitäten und Forschungsinstituten deutsche Sprache und Kultur nicht nahe gebracht werden.

Vorlesungen, die von deutschen Muttersprachlern auf Englisch gehalten werden, wirken meist unbeholfen. Darunter leidet nicht nur die Qualität der Lehre. Insbesondere vermittelt der Gebrauch der englischen Sprache den Eindruck, man könnte in Deutschland neue Ideen nicht mehr als erste formulieren oder aussprechen. Ein solches Land wird für Studenten und Wissenschaftler anderer Nationen uninteressant. Immer mehr Studenten und Wissenschaftler studieren, forschen und lehren daher lieber gleich beim angloamerikanischen Original.

## VII. Um den Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland wieder zu stärken, bedarf es eines Umdenkens im Umgang mit der deutschen Wissenschaftssprache.

Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, wissenschaftliche Fachgesellschaften und Fachverlage sowie die Wissenschaftspolitik einschließlich der Drittmittelgeber sind aufgerufen, zum Gebrauch und zur Weiterentwicklung der deutschen Sprache in der Wissenschaft beizutragen.

Hierzu bedarf es vielfältiger Anstrengungen:

- Auf wissenschaftlichen Veranstaltungen mit ausschließlich deutschen Teilnehmern ist auf Deutsch zu verhandeln, wobei für Gastredner selbstverständlich Ausnahmen zu gelten haben. Auf internationalen Kongressen, die von deutschen Veranstaltern ausgerichtet werden, muss Zweisprachigkeit gewährleistet sein, d.h. für Simultanübersetzung vom Deutschen ins Englische muss gesorgt werden.
- Deutsche Fachzeitschriften müssen auch Artikel in deutscher Sprache mit englischer Zusammenfassung annehmen. Das Argument, Originalarbeiten in deutscher Sprache würden international nicht zur Kenntnis genommen, ist durch Untersuchungen deutlich widerlegt worden.
- Die Herausgabe deutschsprachiger Lehrbücher darf nicht aus Gründen der Kosteneffizienz eingestellt werden.
- Zwecks Weiterentwicklung fächer-spezifischer Terminologien haben die Fachgesellschaften kompetente Nomenklaturkommissionen einzurichten.
- Wissenschaftliche Leistung darf nicht nur anhand von Publikationen in ausgewählten Zeitschriften mit

hohem Bewertungsfaktor („Impaktfaktor“) quantifiziert werden, sondern auch von Publikationstätigkeit in deutschsprachigen Zeitschriften und von Öffentlichkeitsarbeit. Langfristig ist die Schaffung eines europäischen Zitationsindex erforderlich.

- Im Bereich der universitären Ausbildung müssen Lehrveranstaltungen in der Landessprache angeboten werden, es sei denn, sie werden in Spezialgebieten von englischen Muttersprachlern gehalten.
- Ausländische Studenten müssen vor der Aufnahme ihres Studiums ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen. Die Weiterentwicklung der erworbenen Kenntnisse muss integraler Bestandteil des Grundstudiums sein. Gastwissenschaftler, die länger als drei Monate in Deutschland bleiben, sollen ebenfalls gute landessprachliche Kenntnisse besitzen oder sich während ihres Aufenthaltes aneignen. Der Besuch von Sprachkursen ist zu unterstützen.

München und Berlin, im August 2005

Erstunterzeichner:

Prof. Dr. med. R. **Mocikat**  
Immunologe, München

Prof. Dr. med. W. **Haße**  
Professor i.R. der Freien  
Universität Berlin

Priv.-Doz. Dr. H.H. **Dieter**  
Dir. und Prof. am  
Umweltbundesamt Berlin

Weitere prominente Unterzeichner sind u. a.: Hans-Olaf Henkel, Christian Meier, Hans Joachim Meyer, Gesine Schwan.

Auch unser verstorbene Mitglied Manfred Fuhrmann hatte den Aufruf noch unterzeichnet.

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins**  
**Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Vorortberatung wählbar alles kostenfrei

35-jährige Beraterkompetenz

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 14 Jahre Lfz., bei 30000,- €, mtl. \*313,- €, bei 60000,- €, \*623,- € Rate, \*jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,50%, eff. Jahreszins 6,01%, b. 14 Jahre, bei Lfz. 12 Jahre eff. Zins ab 5,99%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung. \*1) Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, 10 Jahre fest, eff. Jahreszins ab 3,20%. Beleihung bis 100%.

**www.ak-finanz.de** AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500**  
Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 Gebührenfrei

# Wechseln Sie jetzt Ihre Krankenversicherung: privat versichert ab **111€\***.

\* Monatlicher Beitrag für einen männlichen  
Besitzer, 28 Jahre, mit 50% Bundesbeihilfe.

Vergleichen lohnt sich: für alle, die viel Leistung für  
wenig Geld wollen. Rufen Sie uns an: **09561 96-98231**  
Besuchen Sie uns im Internet: **www.huk.de**



**HUK-COBURG**  
Da bin ich mir sicher



Bitte ausfüllen und an die HUK-COBURG-Krankenversicherung, 96447 Coburg, schicken.  
Oder per Fax unter 09561 9897.

Name: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zur Krankenversicherung.  
Auch unsere Vertrauensleute, Kundendienstbüros und Geschäftsstellen informieren Sie gern ausführlich.

db1

**auf  
geblättert**

## Rezensionen

**Josef Kraus, Der PISA-Swindel. Unsere Kinder sind besser als ihr Ruf. Wie Eltern und Schule Potentiale fördern können. Signum Verlag, Wien 2005, 247 Seiten ISBN 3-85436-376-1; 16,90 Euro**

Das später geflügelte Wort, mit dem Juvenal (sat. 1,30) die Laster seiner Zeit geißelte – *difficile est satiram non scribere* –, gilt als Zeichen der Verbitterung und Resignation. Davon kann bei Josef Kraus keine Rede sein, auch wenn man ihm eine satirische Ader nicht absprechen kann. Sein Credo formuliert er kämpferisch (152): „Wir müssen den Leidensdruck erhöhen! Dazu müssen wir immer wieder das Wort erheben gegen die um sich greifende Trivialisierung und Banalisierung der Schulpolitik.“ Wer den langjährigen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes und praxiserfahrenen Schulleiter in Bayern kennt, weiß, daß er gerne gegen den Stachel, konkret den Zeitgeist, löckt und daß ihm der bildungspolitische Mainstream ein Dorn im Auge ist. Das war schon bei seiner „Spaßpädagogik“ so.

### Wortgewaltig

Auch in seinem neuen Buch zieht er, Mitglied im Verein für deutliche Aussprache, wortgewaltig, bildkräftig, der deutschen Sprache verpflichtet, bewaffnet mit dem Fundus klassischer Bildung und alltäglicher Erfahrung im Umgang mit jungen Leuten gegen sie zu Felde: wider die gewerkschaftlichen Einheitsstrukturalisten, die funktionalistischen Grundsaniierer (Abitur mit 16!), die Finnlandfetischisten, die schulpolitischen „Verbalerotiker“, die ministeriellen Abwiegler, die pädagogischen Wolkenzieher und Luftkutscher – die „Pisa-Swindler“ eben. Nicht Pisa ist der

Swindel! Pisa ist vielmehr, das bescheinigt Kraus gleich eingangs, eine sehr seriöse Untersuchung seriöser Wissenschaftler; nur die Publikationspolitik unterliegt offenbar Zwängen: Über den innerdeutschen Vergleich (2003) bei Haupt-, Real- und Gesamtschulen wollen die politisch Betroffenen wohl lieber den Mantel des Schweigens breiten. Und Pisa hat aufgeweckt, nachdem man über Jahrzehnte empirische Leistungsuntersuchungen, an die Kraus erinnert, entweder vernachlässigt, verschlafen oder schlichtweg ignoriert hat. Nein, die Swindler sind die, die damit so umgehen, daß einem nur schwindelig werden kann.

Der Verfasser hält dagegen, eine fundierte Analyse der Pisa-Ergebnisse rückt vieles zurecht, und macht Grundsätzliches noch einmal deutlich: Das Nord-Süd-Gefälle ist erheblich und bleibt erheblich, mit einer Risikogruppe von etwa 21% mit signifikantem Ausländeranteil tickt eine gesellschaftliche Zeitbombe! Pisa belegt 2003 eine deutliche Leistungsverbesserung, die Hauptschulen ausgenommen, und soziale Herkunft und Bildungserfolg hängen hierzulande immer noch zu eng zusammen. Daß schließlich die KMK auf dem richtigen Wege ist, würdigt auch Kraus, obwohl er sonst mit ihr nicht gerade zimperlich umgeht – aber das teilt er mit führenden deutschen Politikern. Wer also „Fakten“ und „Legenden“ unterscheiden will und überdies seine Freude an Statistik hat, wird im ersten tabellengesättigten Teil bestens bedient. Aber Kraus wäre nicht Kraus, bliebe er dabei stehen. Denn das hieße, bei oberflächlicher Empirie stehenbleiben. Therapie ist nötig. Den gelernten Psychologen Kraus interessieren daher die Tiefenschichten, die „real existierende“ Schulpolitik und ihr gesellschaftliches Ambiente gehören auf die Couch: „psychopathologische“ Reaktionen dort, „Dummheit“ – ja, dieses „zeitlose Phänomen“ wird auch so benannt – hier, und beides schaukelt sich auf – so lautet die erfrischend-amüsant verpackte Analyse: Die Bildungseinrichtungen, „umzingelt von Dummheit“, geraten dann immer mehr „in die Rolle gesamtgesellschaftlicher Dummheitenverhinderungsinstitutionen“.

### Konstruktive Vorschläge

Kraus will aber nicht nur die Leviten lesen: Post Pisam sind konstruktive Vor-

schläge angesagt: Neben vielen Einzelmaßnahmen (von der frühkindlichen Bildung bis hin zum Deutsch für Ausländer), die Kraus diskutiert, macht er deutlich, daß das, was Pisa mißt, eben nur „Basisqualifikationen“ sind, also Voraussetzung für „Bildung“. Daher ist das Buch ein flammendes Plädoyer für die Wiederentdeckung eines Bildungsbegriffs jenseits berufsbefähigender Qualifikationen, die Bildung immer einschließt, der die „Übernützlichkeits“, den „Eigenwert“ von Bildung wieder begreift. Das heißt konkret für die Schule: ein Plädoyer für einen Bildungskanon (besonders Deutsch, aber etwa auch Musik!), ein Plädoyer für zentrale Prüfungen, die breite Kerncurricula voraussetzen, ein Plädoyer für die Partnerschaft von Elternhaus und Schule (ohne die Familien läuft nichts!), ein Plädoyer für ein respektierendes Verhältnis zu Lehrerrolle und Lehrermage (sonst wird der Nachwuchs noch dünner, die bekannten „Tricks“, Lehrermangel zu kaschieren, ziehen nicht mehr). Besonders verdienstvoll, daß die üblicherweise vernachlässigte berufliche Bildung einbezogen wird. Dabei leitet Kraus die Überzeugung, daß die traditionelle, ganzheitliche Bildungsidee (daher sein Bekenntnis zum Latein), verbunden mit Differenzierung (daher sein Bekenntnis zur Hauptschule) und klar formulierten Leistungsvorgaben, das Denken in Qualität statt in Quantität den hohen Stellenwert des deutschen Bildungssystem im weltweiten Vergleich geprägt hat. Sie wieder zu entdecken und wieder zu befördern und damit Schule wieder als kulturelle Institution zu verstehen ist das eigentliche Anliegen dieses Buch.

### Anliegen

Der Autor selbst beweist, was ein solcher Bildungshintergrund als „Übernützlichkeits“ leistet: den souveränen Umgang „über“ dem Stoff, das treffende Zitat, von der Antike bis zur Gegenwart, den Blick für die historische Dimension und die Kenntnis von Autoren wie etwa Eduard Spranger, die immer noch mehr zu sagen haben als manch pädagogischer Guru unserer Tage. Die Fülle von Beispielen, mit denen Kraus seine Überlegungen untermauert, lassen sein Buch zugleich zu Nachschlagewerk und Argumentationshilfe werden. Ein Buch, das den jungen Menschen Mut machen will, die man so rasch schlechtredet, das den Lehrern Mut machen will, die man so gerne diffamiert, und das den Kultus-

politikern Mut machen sollte, ihre vielfältigen Aktivitäten auf ein Fundament zu stellen, das wirklich hält und nicht auf Sand steht. Nämlich auf das Fundament solider, dem kulturellen oder gemeinbildenden Auftrag von Schule verpflichteter Bildungsinhalte. Bildung ohne Wissen bleibt leer! Nur dann kann es auch gelingen, die eingeleiteten strukturellen Maßnahmen, deren Sinn ja niemand bestreitet, in einen wirklich tragfähigen Kontext einzuordnen.

*Jörg-Dieter Gauger*

**Rainer Barzel,  
Was war, wirkt nach. Wohin  
geht's mit Deutschland?  
München, Olzog, 2005,  
geb., 160 S., 18,50 Euro  
ISBN 3-7892-8172-7**

Es ist die „Bilanz eines langen politischen Lebens“ zwischen zwei Buchdeckeln, die Professor Dr. Heinrich Oberreuter gemeinsam mit dem Autor „gerne“ der Presse vorstellt, denn es ist ein Werk, das „Mut macht“, indem es der „Wiedergewinnung von Vertrauen in die Politik“ dient und, gestützt auf Erfahrungslernen, nicht nur im aktuellen Wahlkampf eine besondere Aktualität gewinnt.

Der 81-jährige Rainer Barzel, gebürtiger Ostpreuße (Braunsberg), Wahlrheinländer (Paderborn, Bonn) und Wahlbayer (Garmisch-Partenkirchen) ist einer jener Politiker, „mit denen dieses Land am undankbarsten umgegangen ist“ (Heinrich Oberreuter). Er wirft einen facettenreichen Blick „aus den Zeiten auf die Zeit“ (von 1914–2005). Seine aktive Zeit in der Politik schlägt den Bogen von der Landesregierung NRW (1949 bis 1956), die Bonner Republik (als MdB, als zweimaliger Bundesminister, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, CDU-Bundenvorsitzender, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Präsident des Deutschen Bundestages, Koordinator der deutsch-französischen Beziehungen). Rainer Barzel kennt Auf und Ab in der Politik: das Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums am 27. April 1972 und sein Rücktritt als Bundestagspräsident 1984 finden in ihren Ursachen eine spätere Rehabilitierung seiner Person.

Rainer Barzel will demonstrativ die Erfolgsbedingungen der „Bonner Repu-

blik“ darstellen – „wie diese Republik wieder sein könnte“. Er wendet sich gegen die „Geschichtsvergessenheit als Ursache von Großmannssucht“ der „Berliner Republik“, gegen die „schwach ausgeprägte Zivilcourage“, fehlende Persönlichkeiten auf der politischen Bühne und gegen die „Hektik“ im politischen Geschäft. Der Autor macht Front gegen Diagnosen des „Siechtums der Republik“ (Hans-Peter Schwartz) und gegen einen „staatlichen Verantwortungsimperialismus“ (Gerhard Schroeder).

Daß „Bonn nicht Weimar“ war (Fritz René Allemann, 1956) und das seit 1990 wiedervereinigte Deutschland auch nicht in Weimarer Zustände zurückfällt, ist Barzels Überzeugung, sofern es gelingt, die Dinge zum Besseren zu wenden: das „Angstsparen beenden, im Inland investieren und der Demokratie vertrauen“. Angesichts der Realität der „Berliner Republik“ beschweren Rainer Barzel 10 Punkte: „das Große Gewürge“, das Belauern, Schönreden und Rechthaben, Polemik statt Debatten, die Abschaffung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe „mit einem Federstrich“, die demographische Entwicklung, das Beraterunwesen anstelle von Regierungshandeln, eine weit verbreitete Selbstbedienungsmentalität, die Prestigesucht (am Beispiel des „Projekts Ständiger deutscher Sitz mit Vetorecht im Welticherheitsrat der UNO“), retardierende Elemente bei der „Vollendung der deutschen Wiedervereinigung“, ein fehlender „Paukenschlag“, um Gestaltungskraft als Regierende und Parteien zu beweisen, der fehlende parlamentarische Dialog „miteinander, nicht voreinander“ – „demokratische Streitkultur nicht Selbstdarstellung“ und schließlich sollten wir „alles von der Würde des Menschen her sehen“ – so das leidenschaftliche Plädoyer des Autors.

Daß und wie Rainer Barzel auf die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen am 23. Mai 2005 mit einem Brief (an Bundeskanzler Schröder) reagierte, fügt sich in die Logik dieser Bilanz ein: „Bevor aus der ‚Berliner Republik‘ wieder Weimar werden konnte, haben Sie Kraft und Mut gefunden, das große Gewürge zu beenden. Demokratie zieht wieder ein in Deutschland. Danke. Glück auf für uns alle! Gott segne Sie!“

Rainer Barzel beläßt es nicht bei der Diagnose. Er hat den Rat seiner Ärzte befolgt, indem er vom Krankenbett aus

der Anamnese den Therapievorschlag folgen läßt: den Bund stärken, ohne den Föderalismus aufzugeben (gegen Zentralismus die „Länder als Pfeiler der Demokratie“ verstehen), ein Mehrheitswahlrecht nach einer Grundgesetzreform einführen, um „klare Mehrheiten im Bundestag“ zu erreichen, denn „ein direktes Mandat macht einen Abgeordneten unabhängig“ in Rede, Widerrede und Abstimmung. Und: Wegfall der Wahllisten, mit maximal 400 Stimmkreisabgeordneten wären wir „gut bedient“, verbunden mit dem faktischen Integrationszwang für kleinere Parteien in die großen Volksparteien und der Förderung der „demokratischen Tugend, verlieren zu können“.

Es ist erfrischend, wie dieser „Beitrag zur Genesung durch geistige Anstrengung“ Rainer Barzels Kommentierung bestimmt: In Halle an der Saale hat er das Referatthema „Was war – vorbei?“ negiert und der aktuelle Buchtitel war geboren: „Was war, wirkt nach“. Ein flüssig lesbares Buch, das einen nicht losläßt. Es ist – so der Autor – „nicht für den Wahlkampf geschrieben, aber dennoch hilfreich“.

*Willi Eisele*

**Moshe Zimmermann,  
Yotam Hotam, Hrsg.,  
Zweimal Heimat. Die Jeckes  
zwischen Mitteleuropa und  
Nahost, BEERENVERLAG,  
Frankfurt, 2005,  
381 S., pb.,  
ISBN 3-929 198-43-6,  
Preis: 25,00 Euro**

Es ist gewiß kein Zufall, daß der Berichtsband über die erste internationale Konferenz über „die Jeckes“, die deutschsprachigen Einwanderer in Palästina (Eretz Israel) aus dem Altreich, aus Österreich, der Tschechoslowakei (Böhmen) und im übrigen Mitteleuropa, die vom 2. – 5. Mai 2004 im Konferenzzentrum der Konrad Adenauer-Stiftung in Jerusalem stattgefunden hat, im 40. Jahr der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel vorgestellt wird.

Die beiden Herausgeber sind ausgewiesene Fachleute der deutsch-jüdischen Geschichte und der zionistischen Bewegung: Prof. Dr. Moshe Zimmermann und Dr. Yotam Hotam wirken am Ri-

chard Köbner Zentrum für Deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität, Jerusalem, und gelten als Förderer der Erinnerungskultur im Sinne der Völkerversöhnung.

Der Band erfaßt 49 Beiträge von Wissenschaftlern und Zeitzeugen aus Kultur, Wirtschaft und Politik und stellt die Jeckes als „eine von vielen Landsmannschaften innerhalb der israelischen Gesellschaft“ vor, die von einem ethnischen Partikularismus geprägt ist. Die Herausgeber stellen „Fragen an die Geschichte und an die Gegenwart“. Die optimistische Grundlinie der Erfahrungswerte knüpft an das Wort von David Ben Gurion an: „Wer in Israel nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

In seinem Grußwort nimmt der deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dreßler, die Frage nach dem Begriff „die Jeckes“ auf und schließt sich dem Spruch des Obersten Gerichts (1979) an, daß die Bezeichnung „Jeckes“ keine Beleidigung, sondern eher Hochachtung ausdrückt, mit der die Aufbauleistung dieser Minderheit in Israel und ihr Beitrag zur Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Israel gewürdigt werden kann.

## Facetten deutsch-jüdischer Identität

Das erste Kapitel des Berichtsbandes behandelt Facetten der deutsch-jüdischen Identität vor dem „Schlüsseljahr 1933“ (Moshe Zimmermann), das gleichzeitig „Ende und (Neu-) Beginn“ (Zivi Bacharach) markiert. Gefragt wird sowohl nach dem Erbe der Juden aus dem deutschen Kulturkreis als auch der Einschätzung der „Assimilation in Deutschland“, deren Vertreter von Zionisten als „schlimmste Feinde der jüdischen Nation“ angesehen wurden. Abgewogen wird dabei zwischen dem „Sündenfall“ der Säkularisierung aus dem Blickwinkel orthodoxer Juden und dem Beitrag zur eigenen Akkulturation und zur Modernisierung der mitteleuropäischen Gesellschaft, für die „große Namen“ aus dem kulturell-künstlerischen Leben, aber auch aus den Bereichen des fortschrittlichen Unternehmertums, der Emanzipationsbewegung sowie einer (links-)liberalen bis sozialistischen politischen Bewegung stehen (Einleitung und S. 16–99).

Das zweite Kapitel stellt die deutsch-jüdische Identität in der Migration vor und geht auf Konturen der „doppelten Identität“ der Jeckes ein, die sich aus zwei Tra-

ditionen erschließen läßt: die religiöse Orientierung unterschiedlicher Ausprägung eines gemeinsamen Glaubens und den Zwiespalt zwischen „Heimkehr“ nach Palästina mit dem Ziel eigener Aufbauleistung des Staates Israel und der Erkenntnis, nur schwer integrierbar zu sein oder gar für „nicht assimilierbar“ gehalten zu werden, der im Begriff „Israelis aus Not“ (Michael Dak) zum Ausdruck kommt. Dahinter verbirgt sich ein Wandel einer Volksgruppe, die sich in der alten Heimat als „deutscher als die Deutschen“ charakterisieren ließ über das Bekenntnis, ihre „wahre Heimat“ sei nicht Deutschland (als Nationalstaat), sondern die deutsche Sprache und Kultur, um ihre eigene Identität zu übertragen auf die „neue Heimat“, gespeist aus der Überzeugung der eigenen Rolle, als „Ferment und säkulare Elite Europas“ (Amos Elon) eine „Nadelöhr-Funktion“ auch im neuen Staat zu haben. Bewahrung und Transformation der „jeckeschen“ Kultur wird sinnfällig in einer langen Reihe rastlos-fleißige „Entrepreneure“ (Nachum Gross), in der Kunst (Ziva Sternhell, Nurith Kenaan-Kedar), im Theater (Leah Gilula, Hanni Mittelman), in Tanz und Musik (Ayalah Goren Kadman, Gaby Aldor, Jehoasch Hirshberg, Michael Wolpe, Michal Smoira-Cohn), in Film und Fotografie (Micha Bar-Am), in der „Gartenstadt“-Tradition von Rechavia (David Kroyanker), in der deutschen Presse in (deutscher und) hebräischer Sprache (David Witzthum) und in der Erziehung (Yuval Dror) – um einzelne Beiträge zu nennen (S. 100 bis 305).

Ein drittes Kapitel präsentiert persönliche Erinnerungen, die die Rolle der Jeckes in Politik und Medien (Ari Rath, Yissakhar Ben-Yaacov, Esther Herlitz), im öffentlichen Dienst, in Karikatur und Satire (Friedel Stern), im Rückblick auf Sporttraditionen (Turnverein Bar Kochba, Berlin, 1898–1998; Adin Talbar), die Geschichte des „praktischen Zionismus“ von Otto Warburg (Gaby Warburg) sowie „persönliche Erinnerungssplitter“ (Ruvik Rosenthal, Ben Zion-Orgad, Shlomo Aronson, Ruth Westheimer) behandeln (S. 306 bis 361). Neben dem oben erwähnten Grußwort von Rudolf Dreßler sind ein verkürztes Geleitwort von Peer Steinbrück, dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, sowie biographische Notizen zu den Autoren (S. 370 – 381) zu nennen.

Fazit: Vor uns liegt ein höchst interessanter, lesenswerter Berichtsband, in dem mehrheitlich Jeckes als Zeitzeugen zu

Wort kommen, die ihre „doppelte Loyalität“ nicht verleugnen, in dem sie die Verflechtungen zwischen deutschsprachiger, mitteleuropäischer Kultur und ihrer „neuen, lokalen, nahöstlichen Kultur“ aufzeigen und Dissonanzen nicht verschweigen.

Einen Wermutstropfen muß ich hinzufügen: in Kenntnis privater und in Israel inzwischen öffentlich zugänglicher Photosammlungen der Jeckes-Familien, auch einer Filmdokumentation aus dem Jahr 1998 („German Jews of Israel – Deutsche Juden in Israel – die entfernten Verwandten“, Egoli-FILM, BR-arte, 100 Min.), sehe ich es als deutliches Manko an, daß die Neuerscheinung in einer Zeit der zunehmend optisch orientierten Leserschaft ohne Photos veröffentlicht wurde. Neun Karikaturen zum Thema „Humor“ (S. 356–361) können dies leider nicht wettmachen.

Unbeschadet dieser kritischen Fußnote ist dem Berichtsband eine weite Verbreitung in wissenschaftlichen Instituts- und Fachbibliotheken, aber auch in öffentlichen (kommunalen) Büchereien zu wünschen. Für den Historiker, den Lehrer für Geschichte und Sozialkunde ist sein Studium ein Muß. Daß er, gesponsort durch die Deutsche Botschaft in Israel und weitere Finanzgeber, preiswert erworben werden kann, sollte ihn auch für den individuellen Leser erschwinglich machen. Wer sich darüber hinaus im Internet für das Thema interessiert, dem seien folgende Adressen empfohlen:

[www.reiner-berstein.de](http://www.reiner-berstein.de),  
<http://david.juden.at>,  
[www.hagalil.com/archiv/2005/05/jeckes.htm](http://www.hagalil.com/archiv/2005/05/jeckes.htm)  
oder [www.nahost-politik.de/israel/gesellschaft/](http://www.nahost-politik.de/israel/gesellschaft/)  
sowie die aktuellen Fachbibliographien zur Zeitgeschichte.

Willi Eisele

**Gerhart Scheuer: Weichenstellungen. Fakten und Erinnerungen. 16 Jahre im Landtag von Baden-Württemberg 1972–1988, Geleitwort von Erwin Teufel, Heidelberg: Mattes Verlag, 2005. 350 S., ISBN 3-930978-80-6. 14,80 Euro (www.mattes.de).**

Einen Einblick in das praktische Leben eines Politikers in einem deutschen

Landtag bieten die Erinnerungen des CDU-Abgeordneten Dr. Gerhart Scheuer, der in einer der stürmischsten Phasen der deutschen Geschichte im Parlament saß. Von den Zeiten der Studentenrevolte bis hin zur Schlußphase des Kalten Krieges verfolgte er aktiv und in verschiedensten Sachbereichen das politische Geschehen. Von besonderem Interesse sind für die Leser dieser Zeitschrift naturgemäß die Passagen, in denen Scheuer zur Entwicklung der Schul- und Hochschulpolitik Stellung bezieht. Früh erkannte der Autor, daß die Universitäten durch die 68er-Revolution besonders gefährdet waren, so daß dort Gegenmaßnahmen zu ergreifen waren. Scheuer schloß sich folgerichtig dem Bund Freiheit der Wissenschaft an. Er schildert die Veränderungen, die unter seiner Mithilfe im Hochschulrecht vorgenommen wurden, um Störungen der Lehrtätigkeit von Professoren zu verhindern, etwa indem dem Professor in seinem Hörsaal das Hausrecht zugesprochen wurde. Durch die Hochschulnovelle von 1973 beruhigte sich die Situation in Baden-Württemberg damals. SPD und Grüne dagegen setzten sich bald dafür ein, daß jene, die hochschulpolitisch motivierte Straftaten begangen hatten, amnestiert werden sollten.

Scheuer schreibt ausführlich über das Problem der verfaßten Studentenschaft mit ihren zahlreichen Mißbräuchen infolge der allgemeinpolitischen Interpretation ihres Mandats. Im Zuge der Gesetzesarbeit stellte Scheuer eine Dokumentation zusammen, die in den Schlußfolgerungen gipfelte, daß die verfaßte Studentenschaft 1. überflüssig, 2. verfassungsfeindlich, 3. nicht gesetzestreu und 4. von der Mehrheit der Studenten nicht gewollt ist. Durch geschicktes Vorgehen gelang es ihm dann, daß die verfaßte Studentenschaft in Baden-Württemberg abgeschafft wurde.

Plausibel schildert Scheuer auch die Umstände der Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für das Staatsamt, da er zu Recht in denjenigen,

die sich z. B. aktiv (!) für eine kommunistische Partei einsetzten, Menschen erblickte, die nicht die Gewähr boten, sich jederzeit für die freiheitliche Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik einzusetzen.

Hilfreich für die politische Bildung sind schließlich seine Hinweise auf das Zeitbudget der Abgeordneten und ähnliche Dinge wie Reisetätigkeit und das Verhältnis zur eigenen Familie, die geeignet sind, oberflächliche Kritik an „den“ Politikern zu relativieren.

*Till Kinzel*

**Siegfried Gerlich: Im Gespräch mit Ernst Nolte. Einblick in ein Gesamtwerk. Schnellroda, Edition Antaios, 2005. 128 S., broschiert, ISBN 3-935063-61-X. 12,- Euro**  
**Ernst Nolte: Faschismus. Von Mussolini zu Hitler. Texte, Bilder, Dokumente. Erweiterte und aktualisierte Neuauflage, Schnellroda: Edition Antaios, 2003. 389 S., kt., ISBN 3-935063-19-9. 39,- Euro**

Der Berliner Historiker Ernst Nolte, seinerzeit Gründungsmitglied des Bundes Freiheit der Wissenschaft, gehört zu den philosophisch ausgerichteten Vertretern der Zunft, der das Geschehen der Geschichte mit z. T. kühnen Deutungen begleitet. Nachdem in der Edition Antaios bereits eine mit reichem Bildmaterial ausgestattete Neuauflage des recht wenig bekannten, doch eindrucksvollen Bandes „Faschismus“ von 1968 herausgegeben wurde, publizierte der gleiche Verlag nun auch einen schön als Einführung in die Noltesche Gedankenwelt geeigneten Gesprächsband. Dieser ist sehr empfehlenswert für denjenigen, der sich in eingängiger und gut verständlicher Form über die Denkbewegungen

und Forschungsschwerpunkte Noltes informieren will. Nolte antwortet präzise und nachdenklich den sachkundigen Fragen des Interviewers, die sich auf eine Art Summe des Gesamtwerks Noltes beziehen. Noltes Auseinandersetzung mit den Komplexen Faschismus, Nationalsozialismus, Bolschewismus, Nietzsche, Marx, Heidegger, – Historische Existenz ist von großem Anregungspotential für das Geschichtsdenken, das freilich bei weitem noch nicht im verdienten Maße von der Forschung rezipiert wurde.

Von grundlegender Bedeutung ist Noltes differenzierte Apologie einer Gesellschaft, die Kritik und Selbstkritik ermöglicht, wenn auch nicht immer in praxi im ausreichenden Maße toleriert. Im Dienste der Wissenschaftsfreiheit verteidigt Nolte das Konzept des historischen Verstehens (das er etwas mißverständlich mit „Sympathie“ für den Gegenstand in Zusammenhang bringt) gegen die in der Gegenwart immer deutlicher werdenden Tendenzen zu einer mythologischen oder dogmatischen Grunderzählung, die sich also politischen Zweckmäßigkeiten unterordnen soll. Pluralismustheoretisch wichtig ist schließlich Noltes These, daß eine liberale Gesellschaft wesensmäßig sowohl eine Linke wie eine Rechte brauche. Gegenüber einseitigen politischen Zuschreibungen im Hinblick auf Noltes eigene Position betont er zudem, daß sich in seiner Geschichtskonzeption sowohl linke wie rechte Motive finden, wenn auch seine Opposition gegenüber einem „Linkskonformismus“ unter den gegenwärtigen Bedingungen größere Aktualität beanspruchen darf.

Abschließend sei für an weiteren Informationen Interessierte auf die von Nolte betriebene Website [www.ernst-nolte.de](http://www.ernst-nolte.de) hingewiesen, wo sich auch bisher unveröffentlichte Vorträge finden, die die Lektüre lohnen.

*Till Kinzel*

**Besuchen Sie uns unter:  
<http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de>**

**Marcello Pera, Joseph Ratzinger: Ohne Wurzeln. Der Relativismus und die Krise der europäischen Kultur, Sankt Ulrich Verlag, Augsburg, 2005, 157 S.; ISBN-13: 978-3-936484-57-1; ISBN-10: 3-936484-57-0; 16,80 Euro**

Als „katholischen Habermas“ bezeichnete die ZEIT Josef Ratzinger und meinte dies durchaus als Kompliment, als Kompliment an seine Intellektualität und philosophische Brillanz sowie seine Disputierkunst. Von ähnlicher Dignität wie sein Disput mit Habermas ist Ratzingers soeben als Buch erschienene dialogische Erörterung mit Marcello Pera, dem Präsidenten des italienischen Senats, seines Zeichens Philosophieprofessor und erklärter Atheist.

Die Idee zu diesem Buch entstand im Anschluß an Gespräche der beiden, die – wie man in einer „Vorbemerkung“ des Herausgebers erfährt – durch das Studium zweier Vorträge, die sie unabhängig voneinander gehalten hatten, erkannten, daß sie in ihren „Bedenken gegenüber der geistigen, kulturellen und politischen Lage des Westens, insbesondere im heutigen Europa,“ sehr weitgehend übereinstimmen, obwohl sie zu dieser Übereinstimmung aus recht verschiedenen Blickwinkeln kamen. Hieraus ergab sich der besondere Anreiz zu einer Zusammenstellung und einem Vergleich Ihrer Ansichten. Angesichts der Bedeutung des Themas kann man froh sein, daß sie eine Veröffentlichung als Buch ins Auge faßten.

Das Buch enthält in vom Verfasser selbst überarbeiteter Form den Vortrag von Präsident Pera, gehalten im Mai 2004 an der Lateranuniversität in Rom, und einen aktuellen Vortrag aus dem Jahre 2005, den Kardinal Ratzinger wenige Tage vor seiner Wahl zum Papst in Subiaco gehalten hat. Zusätzlich erhält man Einblick in einen schriftlichen Gedankenaustausch zwischen Pera und Ratzinger, in dem jeder – wie es im Vorwort heißt – „die Überlegungen des anderen zu verstehen, die eigenen zu präzisieren und sie mit denen eines breiteren Publikums zu konfrontieren versucht“.

Man erkennt in beiden Positionen die Sorge um die Orientierungslosigkeit in Europa. Bei Pera ist die Sorge gespeist aus der Erkenntnis, daß die vorherrschende Political Correctness eine Wer-

tedebatte regelrecht verbietet. Pera beklagt eine Art „Neusprech“, in dem man beim Vergleich der Kulturen „allenfalls die Verschiedenartigkeit feststellen, aber kein Werturteil fällen“ darf, jedenfalls keins, „das eine andere Kultur der eigenen unterordnet“. Diese Political Correctness führe zu einer lähmenden Konsequenz: man halte sich – sehenden Auges – aus Höflichkeit oder Trägheit – aus allem heraus. Was die „Gleichrangigkeit“ der Kulturen angehe, so sei der Fall Islam „real, naheliegend und von zunehmender Aktualität“. Pera macht am Fall Islam deutlich, daß der Westen sich hier eine „Selbstzensur“ auferlege, die aus dem Fehlschluß folge, die Behauptung, das westliche Modell sei besser, zwingt zu einem spezifischen Handeln. Um diese – gar nicht notwendige – Konsequenz (die als Kampf der Kulturen gedacht werde) zu vermeiden, unternehme das westliche Denken alle möglichen Verrenkungen, um nur ja nicht eine Überlegenheit über andere Kulturen zu konstatieren. Nach Pera ist es an sich falsch, die Überlegenheit der westlichen Kultur, mit den universellen Werten, die sie hervorgebracht hat, nicht festzustellen. Ironischerweise wird diese Unehrllichkeit durch einen Fehlschluß (nämlich dem, man müsse, wenn man besser sei, die anderen Kulturen bekämpfen) zur Doktrin, die unser Denken bestimmt.

### **Wider den dogmatischen Relativismus**

Pera setzt sich mit dem Relativismus der Kontextualisten, Dekonstruktivisten und bestimmter Theologen auseinander und faßt zusammen, dieser Relativismus zielt nicht auf Toleranz, sondern auf Nachgiebigkeit, und verwandle sich letztlich in eine laizistische Staatsreligion.

Im auf Gleich-Gültigkeit getrimmten „Gähnen des Westens“ kehre „der Geist von München“ wieder.

Geradezu atemberaubend startet Ratzinger in seinen Vortrag. Einfach und zugleich eindrucksvoll beschreibt er die Gefahren und Gefährdungen unserer Zeit, mit der Folgerung, „daß dem Anwachsen unseres Könnens nicht ein gleiches Wachstum unserer moralischen Potenz“ entspreche. Wo die moralische Kraft fehle, werde „die Macht des Könnens immer mehr zu einer Macht des Zerstörens werden“. In Europa habe das Christentum (das nicht von Europa ausgegangen sei) „seine wirksamste Ge-

staltung erlebt, aber zugleich ist in Europa eine Kultur gewachsen, die den radikalsten Widerspruch nicht nur gegen das Christentum, sondern gegen die religiösen und moralischen Traditionen der Menschheit überhaupt darstellt“. Europa habe „die Welt uniformiert [...] und eine Kultur entwickelt, die Gott aus dem öffentlichen Bewußtsein verbannt“.

Ratzinger geht kurz auf den Streit um den Gottesbezug in der europäischen Verfassung ein („Nicht die Nennung Gottes beleidigt den Angehörigen anderer Religionen, sondern vielmehr der Versuch, die menschliche Gemeinschaft gänzlich ohne Gott zu konstruieren.“) und setzt sich – nachdem er ein eindrucksvolles Porträt der Aufklärungskultur gegeben hat – mit deren inneren Widersprüchen auseinander. Er handelt von Bedeutung und Grenze der rationalistischen Kultur der Gegenwart und kommt zu dem Schluß, daß der Relativismus nun seinerseits zu einem Dogmatismus werde, „der sich im Besitz der endgültigen Vernunftkenntnis wähnt“.

In dieser Ablehnung des dogmatischen Relativismus treffen sich Pera und Ratzinger.

Im schriftlichen Gedankenaustausch mit Pera behauptet und begründet Ratzinger eine „innere Korrespondenz von Christentum und Aufklärung“ und warnt zugleich: „Der zu Ende geführte Versuch, die menschlichen Dinge unter gänzlicher Absehung von Gott zu gestalten, führt uns immer mehr an den Rand des Abgrunds – zur Abschaffung des Menschen hin“. Mit Anklang an Blaise Pascals Argument der Wette (wenn die Chance, daß Gott existiert, 50 zu 50 ist....) schlägt er vor zu leben – „veluti si Deus daretur“.

„Der Relativismus, das Christentum und der Westen“ hat Pera seinen Vortrag betitelt. Ratzinger sprach über „Europa in der Krise der Kulturen“: In ihren Analysen und Erläuterungen kann man viel Anregendes zur Erklärung des Zeitgeistes finden. Vor allem ist das Buch ein Plädoyer gegen den fanatischen Indifferentismus, der das Gehirn des Menschen besetzen und sein eigenständiges Urteil aushebeln will, um sich seinerseits totalitär festzusetzen.

Man könnte die Botschaft, die von dem Buch ausgeht, in Anlehnung an das „Sapere aude!“ aus Kants Aufklärungsaufsatz so formulieren: Habe den Mut, Position zu beziehen! Wage zu werten!

*Winfried Holzappel*



Philologenverband – Die ganze Wahrheit, bitte:

## Warnung vor Unterdrückung von PISA-DATEN

Vor einer Unterdrückung der vollständigen schulformbezogenen PISA-Ergebnistabellen hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, Anfang September in Berlin nachdrücklich gewarnt. Er wandte sich damit gegen Bestrebungen einzelner SPD-regierter Bundesländer, dem PISA-Koordinator Prof. Manfred Prenzel zu untersagen, am 3. November auch Ergebnistabellen für Real-, Haupt- und Gesamtschulen vorzulegen.

„Die Zahl von 216 getesteten deutschen Schulen, die an der internationalen PISA-Studie 2003 teilnahmen, wurde eigens um 1300 Schulen aufgestockt, um auch schulformbezogene Vergleiche in den Bundesländern und zwischen den Ländern zu ermög-

lichen. Dafür wurde viel Geld ausgegeben. Es wäre ein bildungspolitischer Skandal ersten Ranges und eine nicht nachvollziehbare Verschleierung von Steuergeldern, wenn nun diese Daten nicht veröffentlicht würden“, erklärte Meidinger.

Die Zeit der Geheimniskrämerei und der Verschleierung von Leistungsdaten in der Schulpolitik müsse endgültig der Vergangenheit angehören.

„Eine seriöse Bestandsaufnahme ist die Grundvoraussetzung für bildungspolitische Entscheidungen. Wer diese verhindert, blockiert auch den notwendigen Reformprozeß“, sagte Meidinger.

Berlin, 7. 9. 2005



*Heinz-Peter Meidinger mahnt seriöse Bestandsaufnahme an.*

Neuer Preis für Wissenschaftler

## „Hochschullehrer/in des Jahres“



*Der Präsident des DHV, Professor Dr. Bernhard Kempen, will „verborgenes Engagement sichtbarer“ machen.*

Der Deutsche Hochschulverband (DHV) hat einen neuen Preis für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ins Leben gerufen. Gesucht wird der oder die „Hochschullehrer/in des Jahres“, wobei es keine Rolle spielt, ob der oder die Be-

treffende sich im aktiven Dienst oder im Ruhestand befindet.

Der DHV will mit der Vergabe des mit 2500 Euro dotierten Preises diejenige Hochschullehrerin oder denjenigen Hochschullehrer auszeichnen, der durch außergewöhnliches Engagement in herausragender Weise das Ansehen dieses Berufsstandes in der Öffentlichkeit gefördert hat. Es besteht dabei keine Beschränkung, in welcher Art und Weise dies gelungen ist. Zu Beginn des nächsten Jahres soll der Preis erstmals für das Jahr 2005 verliehen werden.

„Der wertvolle Beitrag, den Professorinnen und Professoren für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft täglich leisten, beschränkt sich nicht auf die Erfüllung ihrer engeren Aufgaben in Forschung und Lehre“, erklärte DHV-Präsident Professor Dr. Bernhard Kempen. „Professorinnen und Professoren engagieren sich aufgrund ihres Sachverstandes und ihres Verantwortungsbewußtseins auch außerhalb

der Universität zum Wohl der Allgemeinheit. Dieses vor den Augen der breiteren Öffentlichkeit oft verborgene Engagement will der DHV mit der Auszeichnung „Hochschullehrer/in des Jahres“ sichtbarer machen. Der Verband ruft dazu auf, bis zum 31. Dezember 2005 Kandidaten für die neue Auszeichnung vorzuschlagen.

Vorschläge bedürfen der Schriftform. Die Unterlagen sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Hochschulverbandes zu richten: Deutscher Hochschulverband, „Hochschullehrer/in des Jahres“, Rheinallee 18, 53173 Bonn.

Es kann auch eine Gruppe von Hochschullehrern vorgeschlagen werden.

*Weitere Hinweise im Internet unter: [www.hochschulverband.de](http://www.hochschulverband.de)*

Der Deutsche Hochschulverband ist die bundesweite Berufsvertretung der deutschen Universitätsprofessoren und des wissenschaftlichen Nachwuchses mit inzwischen 21 000 Mitgliedern.

## Bund Freiheit der Wissenschaft

Aufgabe des Vereins, Satzung

Der Bund Freiheit der Wissenschaft setzt sich für die Freiheit der Wissenschaft und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Schulen ein.

Er wurde am 19. November 1970 in Bad Godesberg gegründet und ist eine überparteiliche Vereinigung zur Verteidigung der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium. Auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und im Bewußtsein der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft setzt sich der Verein unter Ausschluß von parteipolitischen Bindungen zur Aufgabe:

1. die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium zu wahren und zu fördern,
2. sich jeder Unterwerfung unter die Machtansprüche einzelner Gruppen oder Interessen zu widersetzen,
3. auf eine Politik zu drängen, die eine stetige Verbreiterung der Bildungschancen mit der Erhöhung der Leistungsmaßstäbe verbindet.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, Publikationen und Informationen der Öffentlichkeit über die Situation von Hochschule, Schule und Wissenschaft (§ 2 der Satzung). Die vollständige Satzung kann mit dem in diesem Heft abgedruckten Bestellschein angefordert werden.

### Vorstand: Vorsitzende

Dr. Hans Joachim Geisler, Dernburgstr. 53, 14057 Berlin, Tel. (0 30) 322 31 58, Fax über BFW-Büro, E-Mail hgeisler@gmx.de

Oberstudiendirektor Dr. Winfried Holzapfel, An der Ölmühle 16, 47608 Geldern, Tel. (0 28 31) 44 16, Fax (0 28 31) 99 29 72, E-Mail dr.winfried.holzapfel@t-online.de

Professor Dr. Dr. Kurt J. Reinschke, Wachwitzer Bergstr. 32, 01326 Dresden, Tel. (03 51) 2 68 61 66  
E-Mail kr@erss11.et.tu-dresden.de

### Schatzmeister

Professor Dr. Günter Püttner, Schwerdstr. 3, 67346 Speyer  
Tel. (0 62 32) 7 19 97

### Erweiterter Vorstand:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt, Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen, Tel. (04 21) 27 18 79  
E-Mail dreybrodt@t-online.de

Oberstudiendirektor Josef Kraus, Fürstenstr. 59, 84032 Ergolding, Tel. (08 71) 6 86 74, Fax (08 71) 63 03 90, E-Mail josef.kraus@landshut.org

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum, Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz, Tel./Fax (03 99 98) 3 12 93, E-Mail rosen@uni-greifswald.de

Professor Dr. Winfried Schlaffke, Rüdellstr. 10, 50737 Köln, Tel. (02 21) 74 71 59, Fax (02 21) 7 40 52 50, E-Mail w.schlaffke@t-online.de

Professor Dr. Gerd Wechsung, Rosenweg 3, 07751 Cospeda, Tel. (0 36 41) 44 76 73

## Beitrittserklärung

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

wenn gewünscht, zusätzliche Angabe:

Telefon, Fax, E-Mail

Ich möchte dem **Bund Freiheit der Wissenschaft e. V.** beitreten als

- Einzelmitglied zum Jahresbeitrag von 100,- Euro
- Mitglied aus den neuen Bundesländern zum Jahresbeitrag von 75,- Euro
- Berufsanfänger von 50,- Euro
- Schüler/Student zum Jahresbeitrag von 15,- Euro
- Fördermitglied zum Jahresbeitrag von 125,- Euro

**Im Mitgliedsbeitrag ist die kostenlose Zusendung der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ enthalten.**

Ich sende Ihnen die beiliegende Einzugsermächtigung

Ich zahle meinen Beitrag auf das Konto des Bundes Freiheit der Wissenschaft bei der Deutschen Bank AG Bonn, Kto.-Nr. 0 233 858 (BLZ 380 700 24)

**Mitgliedsbeiträge für den Bund Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt:** Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung (entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I von Berlin, StNr 27/661/54861, vom 26. 6. 2003 für die Jahre 2000, 2001 und 2002 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Ich bin damit einverstanden, daß meine obenstehenden persönlichen Daten nur für die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins elektronisch gespeichert werden.

Ort, Datum, Unterschrift

## Abonnement der Zeitschrift „freiheit der wissenschaft“ (entfällt für Mitglieder und Spender)

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Name, Vorname, Titel

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement zum Preis von 12,- Euro inkl. Porto und Versandkosten. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

## Regionalbeauftragte

### Baden-Württemberg:

Professor Dr. Jürgen Kullmann,  
Panoramastr. 27, 72116 Mössingen,  
Tel. (0 74 73) 57 68 oder (0 74 73) 27 24 68,  
Fax (0 74 73) 2 67 68,  
E-Mail: juergen.kullmann@uni-tuebingen.de

### Bayern:

Oberstudiendirektor Willi Eisele, Kiefernweg 1,  
82515 Wolfratshausen, Tel. (0 89) 74 55 04 20,  
(0 81 71) 41 09 23, E-Mail: willi.eisele@gmx.de

### Berlin und Brandenburg:

E-Mail: sektion.bund.freiheit.wiss@gmx.de  
Vorsitzender: Dr. habil. Till Kinzel,  
Dortmunder Str. 15, 10555 Berlin,  
Tel. (0 30) 3 92 55 00, E-Mail: till.kinzel@gmx.de

### Bremen:

Professor Dr. Wolfgang Dreybrodt,  
Bekassinenstr. 86, 28357 Bremen,  
Tel. (04 21) 27 18 79, E-Mail: dreybrodt@t-online.de

### Hessen:

Frau Professor Dr. Lilo Süllwold,  
Guillettstr. 53, 60325 Frankfurt am Main,  
Tel. (0 69) 72 74 92

Privatdozent Dr. habil. Siegfried Uhl,  
Homburger Landstraße 225/1 408,  
60435 Frankfurt am Main,  
Tel. (0 69) 3 89 89-557,  
Fax (0 69) 3 89 89-233,  
E-Mail: s.uhl@help.hessen.de

### Mecklenburg-Vorpommern:

Professor Dr. Klaus-Dieter Rosenbaum,  
Bärenfelsallee 20, Gutshaus Rustow, 17121 Loitz  
Tel./Fax (03 99 98) 3 12 93,  
E-Mail: rosen@uni-greifswald.de

### Niedersachsen:

Wiss. Oberrat a. D. Dr. Hartmut Schustereit,  
Lüner Weg 81, 21337 Lüneburg,

Tel. (0 41 31) 86 08 46  
E-Mail: schustereit@freenet.de

### Nordrhein-Westfalen:

Studiendirektor Norbert Schlöder,  
Pater-Delp-Str. 11, 47877 Willich,  
Tel. (0 21 54) 7 02 47,  
Fax (0 21 54) 8 76 84,  
E-Mail: nschloeder@aol.com

### Sachsen:

Professor Dr. Sigismund Kobe  
Leonhard-Frank-Str. 6, 01069 Dresden,  
Tel. (03 51) 4 71 43 11  
E-mail: kobe@theory.phy.tu-dresden.de

### Thüringen:

Professor Dr. Gerd Wechsung,  
Rosenweg 3, 07751 Cospeda,  
Tel. (0 36 41) 44 76 73

### Sektion Berlin-Brandenburg:

Vorsitzender: Professor Dr. Hans Peter Berlien,  
Rudower Str. 48, 12351 Berlin,  
Tel. (0 30) 8 26 60 88, Fax (0 30) 60 04-38 70,  
E-Mail: sektion.bund.freiheit.wiss@gmx.de

### Abonnement der Zeitschrift fdw

Jahresabonnement für Nichtmitglieder: 12,-  
Euro inkl. Porto und Versandkosten. Für Mitglieder  
des Bundes Freiheit der Wissenschaft ist der  
Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abge-  
golt. Auch Spender erhalten die Zeitschrift  
kostenlos. Bitte verwenden Sie für ein Abonne-  
ment einfach den beigefügten Abschnitt.

### Mitgliedschaft, Jahresbeiträge

Schüler, Studenten 15,- Euro, Berufsanfänger 50,-  
Euro, Einzelmitglieder 100,- Euro, Fördermitglieder  
125,- Euro, Mitglieder aus den neuen Bundesländern  
75,- Euro.

Mitglieder erhalten die Zeitschrift „Freiheit der Wis-  
senschaft“ und sonstige Veröffentlichungen des BFV  
kostenlos.

Mitgliedsbeiträge sind steuerbegünstigt (s. u.); sie erhal-  
ten ohne Aufforderung eine Spendenbescheinigung.  
Bitte verwenden Sie die beigefügte Beitrittsklärung  
und zur Vereinfachung der Zahlungen am besten auch  
die beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug.

### Spenden

Für Spenden auf das Konto Nr. 0233 858, (BLZ  
380 700 24) Deutsche Bank Bonn ist der Bund Frei-  
heit der Wissenschaft dankbar. Spenden an den Bund  
Freiheit der Wissenschaft sind steuerbegünstigt  
(s. u.). Sie erhalten ohne Aufforderung eine Spenden-  
bescheinigung. Für regelmäßige Spenden können  
Sie zur Vereinfachung der Zahlungen am besten die  
beigefügte Ermächtigung zum Bankeinzug benutzen.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft e. V. ist wegen  
Förderung der Wissenschaft und der Volksbildung  
(entspr. Abschnitt A Nr. 4 der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2  
EStDV) nach dem letzten uns zugegangenen Frei-  
stellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaf-  
ten I von Berlin, StNr 27/661/54861, vom 26. 6. 2003  
für die Jahre 2000, 2001 und 2002 nach § 5 Abs. 1  
Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Kör-  
perschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und  
unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen  
Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

## Bestellschein

An den Bund Freiheit der Wissenschaft,  
Bundesgeschäftsstelle  
Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Ich bitte um kostenlose Zusendung

der Satzung des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V.

der letzten Nummern der Zeitschrift Freiheit der Wissenschaft:

Juni 2004  September 2004  Dezember 2004  **Januar 2005**

Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre über das 34. Bildungspolitische Forum des  
Bundes Freiheit der Wissenschaft „**Freiheit und Verantwortung in Forschung, Lehre und Studi-  
um – Die ethische Dimension der Wissenschaft**“ am 27. Februar 2004 in Berlin mit den Beiträ-  
gen der Referenten.

Ich bestelle zum Preis von 7,50 Euro die Broschüre „**Notizen zur Geschichte des Bundes  
Freiheit der Wissenschaft**“, Dezember 2001.

Für Mitglieder und Spender sind die Broschüren kostenlos.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

## Vereinfachte Zahlung durch Bankeinzug

An den Bund Freiheit der Wissenschaft, Bundesgeschäftsstelle Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte

Hiermit ermächtige(n) ich/wir den Bund Freiheit der Wissenschaft e.V. widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres  
Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine  
Verpflichtung zur Einlösung. Teilentlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Name, Vorname, Titel

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Kto.-Nr.

Kreditinstitut

BLZ

- |   |            |
|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Einzelmitglied                       | 100,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Mitglied aus den neuen Bundesländern | 75,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Berufsanfänger                       | 50,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Schüler/Student                      | 15,- Euro  |
| <input type="checkbox"/> Jahresbeitrag Fördermitglied                       | 125,- Euro |
| <input type="checkbox"/> Jährliche Spende                                   |            |

Ort, Datum, Unterschrift

3/2005 fdw

**Bund Freiheit der Wissenschaft e.V.**  
**Berlin, im September 2005**

Wir laden Sie ein zu einer  
Vortragsveranstaltung:

Mittwoch, 23. November 2005, 19.00 Uhr

Berlin

Hörsaal unserer Geschäftsstelle, Charlottenstraße 65, 10117 Berlin-Mitte  
(nahe Gendarmenmarkt, U-Bahn-Station Stadtmitte)

**Dipl. rer. pol. (techn.) Manfred Weichhold, OStD. a. D.**  
spricht über das Thema

**Zustand und Zukunft der beruflichen Bildung in  
Deutschland**

Für den Bund Freiheit der Wissenschaft

*Dr. Hans Joachim Geisler*

*Dr. Winfried Holzapfel*  
Vorsitzende

*Professor Dr. Kurt J. Reinschke*



Anmeldungen werden erbeten bis zum **12. November 2005**.

Name, Vorname, Titel \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte richten Sie Ihre Anmeldung schriftlich, telefonisch, per Fax oder E-Mail an:

Bund Freiheit der Wissenschaft, Geschäftsstelle, **Charlottenstr. 65, 10117 Berlin**.

Telefon: 0 30-20 45 47 04 · Fax: 0 30-20 45 47 06 · E-Mail: bund.freiheit.wissenschaft@t-online.de